

Wahlprogramm
zur Bürgerschaftswahl 2008
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Hamburg

"Freie Stadt Hamburg"

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Hamburg am 24. Februar 2008)

Quelle/Zitierweise: http://www.fdp-hh.de/Portals/LV/Docs/Programme/FDP-Programm_HH_08.pdf; 20.03.2008

Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-221

Freie Stadt Hamburg

Wahlprogramm der FDP Hamburg zur Bürgerschaftswahl 2008

Inhalt

Hamburg - Stadt Freier Bürger	2
I. Mit Freier Wirtschaft zu mehr Arbeitsplätzen	4
II. Freiheit braucht Bildung	14
III. Integration fördern	30
IV. Sport für Freie Bürger	34
V. Auch Kultur braucht Freiheit	37
VI. Verkehr	39
VII. Nachhaltiger Umweltschutz in der Freien Stadt	44
VIII. Freie Wahl für Freie Bürger	48
IX. Für ein Freies und Sicheres Hamburg	49
X. Liberale Sozialpolitik - Mut zur sozialen Eigen- und Mitverantwortung	58
XI. Senioren - Freiheit und Verantwortung kennen keine Altersgrenzen	64
XII. Gesundheitspolitik	66
XIII. Europäische Metropolregion in einem Nordstaat	69
XIV. Stadtentwicklung - Bauen und Wohnen in der Freien Stadt	72
XV. Die Hamburger Bezirke - Für eine bürgerfreundliche Verwaltung	76
XVI. Mit weniger Bürokratie für die Freiheit der Bürger	79
XVII. Haushalt und Finanzen - Der liberale Weg aus der Schuldenfalle	82
Index	88

Hamburg - Stadt Freier Bürger^{*}

Über dem Haupteingang des Hamburger Rathauses mahnt der Leitspruch aller Politik in unserer Stadt:

„Libertatem quam peperere majores digne studeat servare posteritas.“
*„Die Freiheit, welche die Alten erwarben,
mögen die Nachfahren würdig erhalten.“*

Für die Freie Demokratische Partei Hamburg (FDP) ist dieser Leitspruch Verpflichtung. Es genügt nicht, die Freiheit als „Freie und Hansestadt Hamburg“ im Namen zu tragen; es ist erforderlich, diese Freiheit jeden Tag neu zu verteidigen und zu leben. Freiheit und Menschenwürde sind Grundrechte des Menschen zur freien Entfaltung seiner Persönlichkeit (Grundgesetz Artikel 1 und 2). Daher sind für Liberale die bürgerlichen Grundrechte zur Sicherung der Entscheidungs- und Handlungsfreiheit und die Verantwortung für sich selbst und andere erst Voraussetzungen für eine humane, kreative, entwicklungsfähige und wachsende Stadt. Dies gilt nicht nur dann, wenn es opportun erscheint, weil z. B. der freie Handel Wohlstand in die Stadt trägt, es gilt gerade auch dann, wenn eine freiheitliche Entscheidung keine kurzfristigen Erfolge verspricht, besondere Anstrengungen verlangt oder Politikern schwer vermittelbar erscheint. Die FDP bekennt sich deswegen auch zu unbequemen Konsequenzen der Freiheit, z. B. zur Übertragung von Kompetenzen auf problem- oder sachbezogene bürgernahe Ebenen, zur Senkung von Steuern, zur Privatisierung von Staatseigentum und zur Förderung von Wettbewerb. Würdig der Freiheit erweist sich aber nur, wer diese Mühen mit Überzeugung auf sich nimmt. Deswegen braucht Hamburg die FDP. Sie ist die einzige Partei, die konsequent die Freiheit zur obersten Maxime allen politischen Handelns macht. Die FDP Hamburg hat seit 1946 freiheitliche und dadurch erfolgreiche Politik in Hamburg gestaltet. Die FDP Hamburg will gemeinsam mit den Bürgern Hamburgs an diese Erfolgsgeschichte anknüpfen und dafür kämpfen, dass die Privatsphäre der Bürger vor staatlichen Eingriffen geschützt und der Obrigkeitsstaat zurückgedrängt wird.

^{*} Um den Text lesefreundlicher zu gestalten, wird auf eine geschlechterspezifische Unterscheidung verzichtet.

Hamburg, das sind zuallererst die hier lebenden Menschen. Sie sind es, für die Freiheit tägliche Notwendigkeit, Chance und Verpflichtung ist. Die Stadtregierung mit ihrer Stadtverwaltung kann nur zusammen mit den Bürgern, nicht aber ohne und schon gar nicht gegen sie erfolgreich arbeiten. Zur Tradition Hamburgs gehören Bürgersinn und Bürgerstolz. Nicht die Stadt ist aufgerufen, sämtliche Probleme zu lösen; in den meisten Fällen lassen sich Lösungen weit abseits von staatlichen Eingriffen finden. Hamburg hat eine Stiftertradition, welche in Deutschland einmalig ist. Ohne die vielfältigen Stiftungen, die sich von der Altenfürsorge bis zur Förderung der bildenden Künste, von der Stadtverschönerung bis zur Sportunterstützung, von der Politikvermittlung bis zur Juristenausbildung und in vielen anderen wichtigen Bereichen engagieren, könnte das Gemeinwesen nicht bestehen. Aber nicht nur in Stiftungen zeigt sich die Bereitschaft der Bürger, sich für die Allgemeinheit vor Ort einzusetzen. Ob es die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren sind, die Tag und Nacht einsatzbereit sind, oder Einzelhändler, die Verantwortung nicht nur für ihren eigenen Laden, sondern auch vor ihrer Tür übernehmen, ob es Eltern sind, die sich in den Schulen engagieren, oder Trainer, die sich ohne Bezahlung um den sportlichen Nachwuchs kümmern, ob es ältere Menschen sind, die Vorschulkindern vorlesen, oder ob Obdachlosen-Zeitungen herausgegeben werden, überall in unserer Stadt zeigen sich Engagement und Kompetenz der Bürger. Die FDP Hamburg will ein Bündnis mit allen eingehen, die nicht auf den Staat warten, sondern selbst aktiv werden und hierfür zu Recht von der Stadt angemessene Rahmenbedingungen erwarten. Dort, wo die Voraussetzungen für privates Engagement fehlen, will die FDP Hamburg aktiv werden.

I. Mit Freier Wirtschaft zu mehr Arbeitsplätzen

Arbeitsplätze entstehen in der Wirtschaft und werden von Unternehmen geschaffen. Das Ziel der FDP Hamburg ist es nicht, einzelne Großunternehmen zu fördern, sondern für alle Unternehmen gleich gute, faire Bedingungen zu schaffen. Neben einer Förderung von für Hamburg wichtigen Großprojekten durch Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen sind insbesondere die vielen kleinen und mittleren Unternehmen, in denen der Großteil neuer Arbeitsplätze entsteht, zu berücksichtigen, so dass in Hamburg bestehende Wachstumschancen besser als bisher genutzt werden. Die Positionen der FDP Hamburg im Einzelnen:

1. Volles Augenmerk auf kleine und mittlere Unternehmen

Wir werden unser Augenmerk verstärkt auf die kleinen und mittleren Unternehmen setzen. Sie sorgen für die Mehrzahl der Arbeitsplätze, sie tragen die Hauptlast der Ausbildung, sie erbringen mehr als 50 % der wirtschaftlichen Leistung in unserer Stadt. Die Wettbewerbsbedingungen für die kleinen und mittleren Unternehmen müssen verbessert werden. Es muss alles getan werden, um sie in Hamburg zu halten. Dies ist möglich durch eine umfassende Entbürokratisierung. Der Wirrwarr der Ansprechstellen und der Fördertöpfe muss beendet werden, veraltete Behördenstrukturen dürfen die Wege in die Selbstständigkeit nicht erschweren. Für sich ansiedelnde Unternehmen soll es eine einzige behördliche Ansprechstelle geben, die mit den übrigen beteiligten Behörden vernetzt ist. Mehr Augenmerk ist auf Existenzgründungen und Betriebserweiterungen zu richten.

In einer Befragung von Ernst & Young bei 2.000 Unternehmen in deutschen Großstädten im Mai 2006 wies Hamburg einen Spitzenplatz auf bei „Unzufriedenheit mit der Verwaltung“ sowie bei „Abwanderungsgedanken“.

Mehr kleine und mittlere Unternehmen

- Mehr günstige Gewerbeflächen für kleine und mittlere Unternehmen (und für die Industrie).

- Schluss mit dem Subventionswettbewerb zwischen den Bundesländern und damit dem Subventionstourismus bei den Betrieben*.
- Senkung der Gewerbesteuer (siehe Haushalt und Finanzen).
- Erhöhung der Grenzen für beschränkte Ausschreibungen im Baugewerbe auf generell € 250.000.
- Abschaffung des Generalunternehmer-Systems bei öffentlichen Ausschreibungen. Als Alternative bieten sich private Projektbetreuer an.
- Erhöhung der Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen im Privathaushalt auf € 10.000,-/Jahr*.
- Errichtung einer „One-Stop-Agency“ (ein Ansprechpartner) für Förderung/Beratung.
- Keine Rundfunkgebühren auf PCs ohne Fernsehkarte*.

Mehr Existenzgründungen

- Förderung der Selbstständigkeit nicht nur für Arbeitslosengeld-I-Empfänger, sondern durch ein Senatsprogramm auch für Arbeitslosengeld-II-Empfänger.
- Bürgschaften sollen bei der Bürgschaftsgemeinschaft auch direkt eingereicht werden können, so dass der bisherige Weg, zuerst Suche nach einer Bank und dann der Weg zur Bürgschaftsgemeinschaft, umgedreht werden kann in: zuerst die Bürgschaft und dann die Suche nach einer Bank.
- Die Einführung eines „Small-Companies-Act“ (Gesetz mit Sonderregelungen für kleine Unternehmen) vorantreiben: in Betrieben mit weniger als 20 Arbeitnehmern Freistellung bzw. Erleichterung bezogen auf Teilzeit- und Befristungsgesetz; Kündigungsschutzgesetz (Neu-

* Bundesregelung erforderlich. Der Senat ist aufgefordert, sich hierfür einzusetzen. Rundfunkgebühren für Handys/Laptops: die Bürgerschaft hat zugestimmt; Subventionstourismus: der Senat ist untätig.

einstellungen); Arbeitszeitrecht; Arbeitsstätten-Verordnung, Betriebsverfassungsgesetz u.a.

- Scheinselbstständigkeits-Regelungen liberalisieren^{*s.S.5}.
- Bürokratiefreies Halbjahr für Existenzgründer (nur Anmeldung des Gewerbes, alles andere wie Kammer, Handelsregister etc. mit 6 Monats-Frist).
- Gezielte Förderung für High-Tech-Existenzgründer durch ein spezielles Eigenkapital-Beteiligungsprogramm der Beteiligungsgesellschaft Hamburg.
- Bereitstellung von Konversionsflächen für Existenzgründer (siehe auch Stadtplanung).

2. Zukunftsbranchen stärken

Stärkung der Außenhandelsbeziehungen

- Als Hafenmetropole ist Hamburg auf gute Außenhandelsbeziehungen angewiesen. Daher sollen – möglichst gemeinsam mit den übrigen norddeutschen Ländern – neue Repräsentanzen auch in bisher vernachlässigten Zielmärkten geschaffen werden.
- Die Ansprechpartner bei der Verwaltung für Unternehmer, die in Hamburg international tätig werden wollen, sollen bei einer einheitlichen Stelle in der Wirtschaftsbehörde gebündelt werden. Diese hat über die Auslandsmesseförderung hinaus mehr Beratung und Unterstützung anzubieten, als es bisher geschieht.

Stabilisierung und Stärkung der Luftfahrtindustrie (insbesondere Airbus)

- Staatsbeteiligungen an Unternehmen führen zu Ineffizienz und Fehlallokationen.
- Die Startbahnverlängerung in Finkenwerder erweist sich zunehmend als Risikoinvestition Hamburgs. Daher die Lehre für die Zukunft: Investitionen der Stadt zugunsten von Unternehmen müssen im Pla-

nungsverfahren besser auf Erfolgs- und Effektivitätsaussichten der jeweiligen Unternehmen geprüft werden.

- Aktive Hilfe für die Airbus-Zulieferer (insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen) als Anpassungshilfe. Die beteiligten Einrichtungen (die Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, die Bürgerschaftsgemeinschaft, die Beteiligungsgesellschaft, der Förderassistent, der Mittelstandslotse, die ARGE und die Arbeitsagentur) müssen zeigen, dass sie zu schneller, effizienter und koordinierter Hilfe in der Lage sind.
- Flughafen Hamburg an die Börse! Die Anteile Hamburgs sollten zugunsten von Streubesitz reduziert werden. Die Erlöse sollten für die Schuldentilgung verwendet werden.

Gastronomie, Hotellerie und Tourismus nach vorne bringen!

- Tourismus: mehr überregionale Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.
- Verstärkt kulturelle Förderung unter Tourismus-Aspekten.
- Gastronomie, Hotellerie: bessere Vermarktung und Buchbarkeit der kleinen und mittleren Betriebe.
- Stärkere Nutzung des Hafens für touristische Zwecke und bessere Vermarktung von St. Pauli als Event- und Amüsierviertel.
- Wiedereinführung von Fachvermittlungsdiensten bei Agentur und ARGE für Gastronomie, Hotellerie und Tourismus (nicht nur „Bewerberpools“).

Mehr kleine und mittlere Betriebe auch in der Life-Science-Branche (Lebenswissenschaft)

Der wachsende Life-Science-Bereich (Lebenswissenschaft) hat gute Chancen, sich zu einem wichtigen Standbein der Hamburger Wirtschaft zu entwickeln. Dies kann aber nur mit mehr Wettbewerb gelingen, wozu weitere Existenzgründungen erforderlich sind. Deshalb ist es wichtig,

dass übergreifende Projekte wie z. B. der Screening-Port (Wirkstoffforschung von Substanzen als Bestandteil von Arzneimitteln) sich nicht nur auf Großunternehmen ausrichten, sondern auch für kleine und mittlere Unternehmen zugänglich gemacht werden.

Mehr tun im Bereich IT/Medien

- Keine direkten Subventionen an Unternehmen, keine Verteilung von Subventionen nach dem Gießkannenprinzip.
- Mehr übergreifende Strukturförderung: Mobile multimediale Dienste, Gründerzentrum IT/Medien.
- Wiedereinführung von Fachvermittlungsdiensten bei Agentur und ARGE für IT/Medien.

3. Mehr Wettbewerb

(Siehe hierzu auch: Haushalt und Finanzen)

Der FDP Hamburg geht es nicht um Privatisierung um jeden Preis. Wir wollen, bezogen auf die unternehmerischen Tätigkeiten der Stadt und des Landes, Wettbewerb herstellen bzw. die Wettbewerbsbedingungen verbessern. Privatisierung kann ein Element sein, um die Ziele zu erreichen. Wir kritisieren entschieden die Privatisierungen der letzten Jahre, von HEW bis Hein Gas. Auch hier ist man nicht an die Strukturen herangegangen und hat Wettbewerb hergestellt, sondern hat das staatliche Monopol durch ein privates Monopol/Oligopol ersetzt.

Mit der FDP Hamburg wird es darüber hinaus keine Privatisierung geben, die ausschließlich dem kurzfristigen Stopfen von Haushaltslöchern dient. Dies ist Vergeudung von Ressourcen und unverantwortlich.

Wir wollen die Erlöse aus Privatisierungen zum Abbau der Schuldenlast nutzen. Hamburg wird von 44,8 Mrd. € Schulden belastet, davon etwa 24,9 Mrd. € Verbindlichkeiten und etwa 19,9 Mrd. € Pensionsverpflichtungen. Wir leben von der Substanz und versündigen uns an den zukünftigen Generationen.

Überprüft werden müssen alle Felder, auf denen die Stadt wirtschaftlich tätig ist und sich Vorteile durch Privatisierung erzielen lassen.

- Keine Privatisierung ohne Herstellung bzw. Verbesserung von Wettbewerb.

- Transparenz durch Privatisierungs-Richtlinien: Wettbewerb; Berücksichtigung von kleinen und mittleren Unternehmen als Bieter; ernsthaft prüfen: erst Sanierung, dann Verkauf.
- Privatisierung der Hamburger Müllabfuhr.
- Mehr Wettbewerb bei Hafenerbetrieben: die HHLA muss sich beim neuen Containerterminal dem Wettbewerb steifen.
- Mehr Wettbewerb bei Lotto/Toto/Sportwetten: mehr private Wettbewerber*.
- Keine Bevorzugung der stadteigenen Arbeitsmarktdienstleister, mehr Wettbewerb durch Privatisierung.
- Überprüfung des gesamten Beteiligungsbesitzes der Hansestadt.
- Völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten.

4. Faire Energiepreise

Eine der schlimmsten Hinterlassenschaften des Vor-Vorgänger-Senats (Rot/Grün) ist der Verkauf der HEW unter völliger Aufgabe jeglicher Einflussmöglichkeit. Ein staatliches Monopol ist an einen privaten Oligopolisten übergegangen. Die Folgen dieses fehlenden Wettbewerbs erlebt der Verbraucher sehr bitter jeden Tag. Der bestehende Senat müsste mit allen Konsequenzen gegensteuern, er tut es aber nicht!

- Die FDP Hamburg verlangt, dass der Senat sich auf Bundesebene entschieden dafür einsetzt, dass mehr Wettbewerb bezogen auf die Versorgungsnetze, insbesondere bei Strom und Gas, entsteht und dass die Netzagentur entsprechend gestärkt wird

* Bundesregelungen erforderlich. Der Senat ist aufgefordert, sich hierfür einzusetzen. Der Senat ist bezogen auf alle Forderungen untätig oder trägt das Verkehrte mit.

5. Mehr Arbeitsvermittlungen: Die ARGE und die Arbeitsagenturen endlich arbeitsfähig machen

Die ARGEN (Arbeitsgemeinschaften zwischen Kommunen und Arbeitsagenturen zur Betreuung und Vermittlung der Arbeitslosengeld-II-Empfänger) und die „neuen“ Arbeitsagenturen entwickeln sich leider nur im Schnecken-tempo. Die Konstruktionsfehler aus der Schröder-Zeit belasten die Arbeit in einem beträchtlichen Ausmaß und führen zu Gegenläufigkeiten.

Es fehlt personelle Kontinuität: Die ARGEN bekommen von den Agenturen Personal nur als „Dienstleistungsüberlassung“. Jederzeit kann die Agentur Personal wieder zurückfordern. Die Mitarbeiter der Stadt sind auch nur abgestellt. Die Bereitschaft, in die ARGE zu wechseln, ist sehr gering.

Die Hamburger ARGE hat noch lange nicht ihr Personal-Soll erreicht. Um diese großen Baustellen muss sich der Senat mit Priorität kümmern. Auch der Arbeitslose ist ein Kunde und hat einen Anspruch auf bestmögliche Dienstleistung durch unsere Behörden. Wenn aber die Politik derartige Mängel schafft und sie nicht sofort nach Erkennen abstellt, ist auch der bemühteste Mitarbeiter der Verwaltung überfordert, eine solche Dienstleistung zu erbringen.

Alle Förderinstrumente bei den Agenturen und den ARGEN gehören auf den Prüfstand. Hierzu zählen insbesondere: die ineffizienten Trainingsmaßnahmen, die Verfahrensweisen bei öffentlichen Ausschreibungen von Arbeitsmarktdienstleistungen (Preis als entscheidendes Kriterium führt zu Dumping) und die 1-Euro-Jobs.

Richtig ist der Ansatz, die Menschen zur Eigenverantwortlichkeit und zu Eigenaktivitäten zu führen. Das Problem ist aber leider: Der überwiegende Teil der Arbeitslosen, insbesondere in den ARGEN, kann nicht durch bloße Aufforderung, Appelle oder ein paar Gespräche mit dem Vermittler hierzu geführt werden. Wir brauchen durchdachte Konzepte mit einer Mischung aus Einzelgesprächen, Gruppenaktivitäten, unterstützender Begleitung und Betreuung, betrieblichen Praxisteilen und aktiver Stellen-Akquisition. Die von der Bundesregierung vorgesehene grundsätzliche Überprüfung der ARGE-Konstruktion muss vorgezogen werden. Ohne personelle Kontinuität sind die ARGEN nicht wirklich arbeitsfähig. Aus unserer Sicht gibt es dann nur zwei Alternativen: eine obrigkeitstaatliche - die ARGEN auflösen und den Kommunen allein diese Aufgabe übertragen - oder eine Wettbewerbsalternative: Die Kommunen, die Agentur und auch Private werden in einen Wettbewerb gestellt. Der Arbeitslose kann frei wählen, von wem er sich betreuen und vermitteln lassen will. Alle Anbieter

erhalten die gleiche, erfolgsorientierte Vergütung, die eine zielgruppendifferenzierte Staffelung beinhaltet. Die FDP Hamburg unterstützt jede Lösung, die die beauftragten Institutionen und Organisationen handlungsfähig macht und die Effizienz dieses Handelns sicherstellt. Wettbewerb herzustellen ist ein guter Weg, diese Ziele zu erreichen.

- Sofortige Soll-Personalstärke bei der ARGE und langfristige personelle Lösungen.
- Agentur und ARGE müssen an einem Strang ziehen.
- Beendigung der Mängel bei ARGE und Agentur, Schluss mit der Strafzahlung beim Wechsel von der Agentur zur ARGE.
- Bessere Erreichbarkeit der Vermittler und Case-Manager.
- Schluss mit den ineffizienten Trainingsmaßnahmen.
- Mehr vermittlungsorientierte Programme für Langzeitarbeitslose, insbesondere für Ältere und für Jugendliche (ARGE).
- Mehr vermittlungsorientierte Programme auch für die Betreuungskunden der Agentur.
- Keine Umwidmung der Senatsmittel für den Arbeitsmarkt zugunsten von Subventionen an Betriebe, Aufstockung zugunsten der genannten vermittlungsorientierten Programme.
- Schluss mit der Zwangsquote für Erntehelfer.
- Regelmäßige, zeitnahe Dokumentation der erfolgten Arbeitsvermittlungen/Integrationen (wer, wohin, wodurch).
- Überprüfung des ARGE-Systems sofort: Besser, die Kommunen machen es allein oder im Wettbewerb mit Agentur und Privaten. Wir plädieren für Wettbewerb.

6. Freier Handel, wachsender Hafen

Der Hamburger Hafen ist das Herz und der Motor der Hamburger Wirtschaft. Es ist unabdingbar, ihn für die Zukunft fit zu machen, damit der Hamburger Hafen seine internationale Stellung behaupten und ausbauen kann. Die Fahrrinnenanpassung der Elbe ist dabei nur ein notwendiger Schritt. Wenn Hamburg nicht das Schicksal Rotterdams teilen, sondern weiter am Containerboom partizipieren soll, ist es unbedingt notwendig, die Hafenerkehre neu zu organisieren und auszubauen. Hamburgs Wirtschaftsbehörde droht hier durch ihre bereits mehrjährige Untätigkeit die Entwicklung zu verschlafen. Die Hafenerquerstange ist kein Projekt der nächsten 20 Jahre, sondern wird sofort benötigt. Gleiches gilt für die Modernisierung der maroden Hafenerbahn. Da der Hamburger Hafen ohne die Inanspruchnahme Moorburgs Flächenkapazitäten von über 16 Mio. TEU aufweist, der Hafen andererseits aber die Akzeptanz in der Stadt dringend benötigt, müssen zunächst diese Kapazitäten genutzt werden.

Auf der anderen Seite muss auch die Organisationsstruktur des Hafens der Entwicklung der Weltwirtschaft angepasst werden. Da im Hafen die Trennung von Netz (Hafenerinfrastruktur -Aufgabe der Port Authority) und Betrieb (HHLA, Eurokai) schon lange praktiziert wird, ist eine Anpassung relativ problemlos durchzuführen.

Die FDP Hamburg fordert:

- Schnellstmögliche Umsetzung der Fahrrinnenanpassung unter Berücksichtigung der Belange des Hochwasser- und Umweltschutzes und unter Beachtung der Deichsicherheit.
- Sofortige Planung der Hafenerquerstange und Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für eine Privatfinanzierung.
- Modernisierung der Hafenerbahn.
- Nutzung bestehender Flächenkapazitäten, insbesondere für kleine und mittlere Hafenerbetriebe.
- Anpassung der Verkehrsknotenpunkte im Hafen an schon erfolgten und an die prognostizierten Umschlagsverdoppelungen.

- Auflösung der Verkehrskonflikte im Hafen u. a. durch bessere Koordination mit der Verkehrsbehörde, nächtliche Ampelabschaltung etc.
- Abschaffung des Freihafens: der EU-Binnenmarkt macht ihn entbehrlich, für den Warenverkehr außerhalb des EU-Binnenmarkts können OZL-Lager (Offene-Zoll-Lager) eingerichtet werden.
- Die Hamburg Port Authority (HPA) betreibt und besitzt die überlebenswichtige Infrastruktur im Hamburger Hafen. Sie muss im vollständigen Eigentum Hamburgs bleiben. Ihr Finanzbedarf ist langfristig zu sichern.

II. Freiheit braucht Bildung

Bildung ist der Schlüssel zur Freiheit und daher ein zentrales Menschenrecht. Gleichzeitig ist eine solide Bildung auch ein wertvolles Wirtschaftsgut, der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit und die beste Investition für ein Leben in Wohlstand. Die Befähigung des Einzelnen zu kritischem Denken, zum Lösen von Problemen und zur Teilhabe am verantwortungsbewussten sozialen Miteinander ist Ziel liberaler Bildungspolitik. Jeder Einzelne ist für seine Bildungsbiographie verantwortlich und muss zukünftig lernen, in seine eigene Bildung mehr zu investieren, sowohl ökonomisch als auch im Hinblick auf Zeit und Anstrengung. Die Gesellschaft muss mit der gleichen Anstrengung dafür Sorge tragen, dass die Bildungsqualität der Einrichtungen gesteigert, Bildungsgerechtigkeit gesichert und die Bildungsbeteiligung erhöht wird. Bildung ist die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg, für den Wohlstand und die Zukunftssicherung unserer Gesellschaft. Hamburgs wirtschaftliche Existenz hängt wesentlich von den Kompetenzen seiner Bürgerinnen und Bürger ab.

Bildung braucht Freiheit

In allen getesteten Kompetenzbereichen sowohl im internationalen Maßstab der 29 OECD-Staaten als auch auf der Ebene der 16 Bundesländer liegt Hamburg im unteren Bereich der Leistungen. Gleichzeitig gehören die Hamburger Schulen zu den teuersten in ganz Deutschland. Es ist offensichtlich, dass die bestehenden Strukturen der Schulen zu überdenken sind und die Leistungsfähigkeit dringend zu steigern ist.

Der demographische Wandel, die Wandlung der Familienstrukturen, die Zuwanderung, die Globalisierung, neue Technologien und der dringende Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften sind die Herausforderungen unserer Zeit, denen wir mit innovativen, intelligenten Lösungen begegnen müssen. Um die besten Lösungen zu finden, brauchen Bildungseinrichtungen die Freiheit, sich möglichst flexibel auf Kinder und Eltern einstellen zu dürfen. Je flexibler sich die Bildungseinrichtungen verhalten dürfen, desto individueller können Bildungsangebote konzipiert werden.

Die FDP Hamburg greift die Empfehlungen zur Schulentwicklung der Enquête-Kommission auf. Das vorgeschlagene Modell der zwei Schulformen für Hamburg bietet eine Chance, die Qualität der schulischen Bildung zu steigern, mehr junge Menschen zu einem Schulabschluss zu

führen und einen Abbau von Bürokratie durchzusetzen. Bei der Verwirklichung ist aus liberaler Sicht zu beachten, dass

- die Selbstständigkeit der Schulen gestärkt wird;
- freiwerdende Mittel den Schulen zu Gute kommen;
- Schulprofile an Deutlichkeit gewinnen können;
- abweichend von den Empfehlungen der Enquête-Kommission die Schulen in Eigenverantwortung selbst vorschlagen können, wann sie den Umwandlungsprozess vollenden können;
- Kooperationen unter den Schulformen in den Schulkonferenzen beschlossen werden können;
- zusätzliche Unterstützung mit Beginn der 5. Klasse einsetzt.

Über die Ausgestaltung des Modells der zwei Schulformen wird die FDP mit Eltern, Schülern, Lehren, Vertretern der Kammern, der Wirtschaft und anderen einen gründlichen Diskurs führen.

Ziel liberaler Bildungspolitik ist ein leistungsorientiertes, wettbewerbsfreundliches und an den wissenschaftlichen Erkenntnissen und sozialen Erfordernissen unserer Gesellschaft ausgerichtetes Bildungssystem, das allen Kindern möglichst frühzeitig sehr gute Bildungs- und Berufschancen bietet.

Selbstständige Schulen für freie Bürger

Die Liberalen wollen Freiheit für ein Bildungssystem in staatlicher Verantwortung, das die individuellen Bedürfnisse der Kinder und Eltern in den Mittelpunkt stellt, sich an den Lernerfolgen der Kinder messen lässt und sich im Wettbewerb nachfrageorientiert entwickeln kann. Private Schulen und Schulen in freier Trägerschaft tragen zur Angebotsvielfalt bei.

Der Rahmen der Selbstständigen Schulen umfasst:

- Handlungsfreiheit der Schulen: Budget, Personalhoheit, Organisation des Bildungsbetriebs;

- Sicherung der staatlichen Verantwortung durch Ziel- und Leistungsvereinbarungen, Vergleichsarbeiten und zentrale Abschlussprüfungen;
- Schulevaluation (Begutachtung und Bewertung der Schulen) intern und durch eine externe, transparent arbeitende Agentur;
- eigene Organisation und Kontrolle der Fortbildung;
- Bildungspläne, die individuelle Differenzierungen zulassen;
- Schulleiter, die als pädagogischer Leiter die Gesamtverantwortung tragen;
- kaufmännische Geschäftsführer, die den effizienten Einsatz der Mittel sicherstellen, bei sehr kleinen Schulen ggf. auch im Schulverbund;
- eine Leitungsstruktur der Schulen, die sich ausschließlich nach der Größe richtet, wobei die Besoldung der Leitungspersonen schulformunabhängig sein muss;
- Schüler, die keine Pflichtstunden vor den Stundentafeln absitzen müssen, sondern die durch veränderte Lehr- und Lernmethoden und individuelle Förderung die Möglichkeit erhalten, schneller ihre Leistungsfähigkeit nachzuweisen und frühzeitiger ihre Abschlüsse zu absolvieren.

Vorfahrt für Bildung von Anfang an

Eklatante Defizite bestehen im Bereich der frühkindlichen Bildung. Dabei sind die ersten fünf Jahre die elementare Bildungszeit, in der die Grundlagen für den späteren Bildungserfolg gelegt werden. Die Bildungsqualität der Kitas liegt deutlich unter internationalem Niveau. Die FDP Hamburg will Kitas von Betreuungseinrichtungen in Bildungseinrichtungen umwandeln. Jeder Euro, der am Anfang investiert wird, spart kostspielige soziale Reparaturkosten. 30 % Risikoschüler, 10 % Hauptschüler ohne Abschluss und Abbrecherquoten in den Berufsfachschulen von bis zu 60 % finden in der fehlenden Frühbildung ihren Ursprung. Die Förderung der Bildung in den ersten Jahren ist daher effizient, sozialgerecht und die beste Voraussetzung für das Gelingen von Erziehung, Bildung und Integration. Die Liberalen setzen sich für die konsequente Verbesserung der Erziehung und Frühbildung von Kindern ein und fordern für die Frühbildung die erste Priorität in der Bildungspolitik.

Kompetenzzentren für Frühbildung

Die FDP Hamburg setzt sich für eine stärkere Vernetzung des Elementarbereichs, der Kitas, mit dem Primärbereich, den Grundschulen, bis hin zur Zusammenlegung der Institutionen ein. Kitas und Grundschulen sollen ihre Arbeit sinnvoll aufeinander abstimmen, strukturelle Barrieren überwinden und eine gemeinsame Kultur des Lernens und Förderns entwickeln. Die positiven Ansätze international bewährter Pädagogik und Didaktik, jahrgangsübergreifender Unterricht und flexible Modelle des Schulanfangs, ermöglichen individuelle Bildung von Anfang an. Es brauchen keine Rückstellungen mehr vorgenommen zu werden, und leistungsstarke Kinder können schneller vorankommen.

Eine konsequente, langfristige Qualitätsoffensive für die Frühbildung:

- Verlagerung der Kita-Zuständigkeit in die Bildungsbehörde;
- Steigerung der Bildungsausgaben für Kitas, Vor- und Grundschulen;
- stufenweises Anstreben des OECD-Norm-Verhältnisses von 15 Kindern auf zwei ständig anwesende Fachkräfte in Kitas und Grundschulen;
- sofort: verbindlicher und kostenfreier Besuch einer „Starterklasse“ für Fünfjährige in Kitas oder Vorschulen und damit eine vorgezogene Schulpflicht ab fünf Jahren;
- Begutachtung und Bewertung des Kita-Gutscheinsystems und Anpassung der neuen Ausrichtung der Kitas als Bildungseinrichtungen;
- Entwicklung und Einführung von Sprachstandserhebungen für Dreijährige;
- angemessene, verpflichtende Fördermaßnahmen innerhalb einer kostenlosen, verbindlichen Kita-Betreuung für Kinder, die einen Förderbedarf aufweisen;
- Fachhochschulausbildung für Erzieherinnen, wie in allen anderen europäischen Ländern, und Berücksichtigung der Qualifikation in den Tarifverträgen;

- Modularisierung der Erzieher-Ausbildung;
- intensivere Bildungsforschung im Bereich der Frühbildung;
- früher anfangende Hochbegabtenförderung.

Bildungsfinanzierung nach internationalen Maßstäben

Seit Jahrzehnten ist das deutsche Bildungssystem im internationalen Vergleich unterfinanziert. Versäumen wir es aber weiterhin, in die Bildung unserer Jugend ausreichend zu investieren, tragen wir die Verantwortung für die Perspektiv- und Arbeitslosigkeit der kommenden Generationen mit allen Kosten einer sozialen Abwärtsspirale unbekanntem Ausmaßes.

Die FDP Hamburg fordert:

- eine transparente, effektive Bildungsfinanzierung, die mindestens internationalen Durchschnittswerten entspricht;
- Unterstützung des die Vielfalt fördernden und gleichzeitig kostensparenden Privatschulbereichs;
- Zulagen für Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf;
- stärkere Vernetzung von Jugendhilfe und Schulen.

Eltern unterstützen

Starke Kinder brauchen stabile Elternhäuser. Kindererziehung ist eine zentrale elterliche Aufgabe. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass die Familie der erste und zentrale Lernort für Kinder ist. Es werden Kompetenzen und Einstellungen vermittelt, die für das ganze Leben wichtig und prägend sind. Aber viele Eltern haben in ihren eigenen Familien keine Erziehungskompetenzen erwerben können. Bildungseinrichtungen sind für die Eltern und Großeltern die ersten Anlaufstellen für Probleme mit ihren Kindern. Dort müssen sie Hilfe und Unterstützung finden.

Die FDP Hamburg setzt sich ein für ...

- ... eine Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern und auch Großeltern durch Angebote zur Schulung, Beratung und Begleitung;
- ... die Entwicklung eines auf breiter Basis abgestimmten, gemeinsamen Orientierungsrahmens für Erziehung, der nicht nur Kindertagesstätten und Schulen, sondern auch Familien bzw. Tagesmüttern und Tagesvätern eine Leitlinie bietet – mindestens bis zum 10. Lebensjahr müssen in allen Bildungsorten (Familie, Tagespflege, Kitas und Schule) Kontinuität und Anschlussfähigkeit in den Bildungsprozessen des Kindes sowie effiziente Übergänge im Bildungsverlauf entwickelt werden.

Förderung der Ganztagschulen ausbauen

Die FDP fordert den weiteren Ausbau des Ganztagsschulangebotes. Sie setzt sich dafür ein, dass Ganztagschulen ihren besonderen Erfordernissen gemäß ausgestattet werden. Dazu gehört auch, dass neben Lehrern auch Erzieher dort beschäftigt werden und neben der personellen auch die sachliche Ausstattung verbessert wird. Gleichzeitig muss jedoch sichergestellt werden, dass jedes Kind auch die Möglichkeit hat, in angemessener Nähe zum Wohnort eine Halbtagschule zu besuchen.

Neuorientierung des Schulsports

Vor dem Hintergrund zunehmender Bewegungsunfähigkeit der Kinder und Jugendlichen, einer ständig steigenden Lebenserwartung und wachsender Gesundheitskosten wird eine erfolgreiche Gesundheitserziehung und -förderung zu einem wesentlichen Gebiet der Erziehung und des Unterrichts. Der Schulsport muss verstärkt für die Prävention und Gesundheitsförderung genutzt werden. Dabei soll eine Stunde Bewegung in der täglichen Unterrichtsplanung insbesondere vor dem Hintergrund der flächendeckenden Einführung der Ganztagschule Berücksichtigung finden. Für die weiterführenden Schulen fordert die FDP Hamburg 3 Stunden Schulsport pro Woche. Kooperationen mit den Sportvereinen sollen in stärkerem Maße genutzt und gemeinsame Projekte gefördert werden.

Lehrer unterstützen

- Lehrer sind hoch qualifizierte und sowohl im internationalen wie auch im innergesellschaftlichen Vergleich gut bezahlte Fachkräfte. Motivierte Lehrer sollen nicht durch vermeidbare Nebentätigkeiten in ihrem eigentlichen Aufgabenbereich eingeschränkt werden. Teure Lehrerzeitstunden sollen für guten Unterricht verwendet werden. Lehrer sind daher von Verwaltungs- und Sachbearbeitungsaufgaben – vom Bücherbestellen bis zum Bedienen des Kopierers – zu entlasten.
- Konferenzen sollen auf das zur Koordination von pädagogischen Aufgaben Notwendige begrenzt werden.
- Lehrer haben ihren zentralen Arbeitsplatz in der Schule und brauchen daher auch einen eingerichteten Arbeitsplatz. Dies ist bei Schulneubauten und grundlegenden Schulrenovierungen zu berücksichtigen.
- Ein Coaching-System (Begleitende Unterrichtung) zur Unterstützung der Lehrer in ihrer täglichen Arbeit soll helfen, die Unterrichtsergebnisse zu steigern.
- Eine Feed-back-Kultur (Rückmeldungskultur) ist innerhalb der Schulen aufzubauen. Hierzu muss regelmäßige Dienstaufsicht durch den Schulleiter oder von diesem eingesetzte Kollegen zu einer Selbstverständlichkeit werden.
- Die Lehrerausbildung ist parallel zum Bolognaprozess neu zu strukturieren. Die notwendigen fachdidaktischen Gewichtungen und methodischen Weichenstellungen sind vorzunehmen und die Ausbildung gezielt um bildungswissenschaftliche und berufspraktische Teile wie z. B. Diagnosefähigkeit und Unterrichtsentwicklung zu ergänzen.

Lehrermangel verhindern

Durch verfehlte Einstellungspolitik in den 90er Jahren droht ein massiver Lehrermangel. Da Hamburg - im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern - in den nächsten Jahren mehr Schüler zu erwarten hat, wird dieses Problem nochmals verschärft. Die FDP Hamburg wird deshalb auch ein schnelles und unbürokratisches Umschulungsangebot zum Leh-

rerberuf initiieren. Die Fortbildung von Arbeitslosen aus Bildungsberufen steht dabei im Mittelpunkt. Die Abschaffung der Zwangspensionierung von Lehrern und Entwicklung flexibler Altersteilzeitmodelle soll es älteren Lehrern ermöglichen, länger im Dienst zu bleiben. Pensionierten Lehrern soll es ermöglicht werden, z. B. bei Unterrichtsausfällen ehrenamtlich unterrichten zu können. Auch Akademiker aus anderen Bereichen können zur Unterrichtung mit herangezogen werden.

Daneben will die FDP Hamburg den Beamtenstatus für Lehrer abschaffen, damit einerseits neue Lehrkräfte schneller eingestellt werden können und andererseits die Schulen im Personalwesen flexibel auf Veränderungen reagieren können.

Sponsoring-Börse einrichten

Solche Börsen sollten eingerichtet werden, um Spenden von Unternehmen und Privatpersonen gerade für solche Hamburger Bildungseinrichtungen einzuwerben, die auf keine finanzstarken Elternvereine u. ä. zurückgreifen können. Diese zusätzlich eingeworbenen Mittel werden den Bildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt, dürfen aber nicht zu einer Absenkung der staatlichen Etats führen.

Chancen gewähren - Diskriminierung vermeiden

Die besonderen Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen, von durch Behinderung bedrohten Kindern und von Kindern mit diagnostizierten Teilleistungs- und Aufmerksamkeitsstörungen müssen angemessen berücksichtigt werden. Es gilt, in der Frühbildung und Erziehung die Stärken dieser Kinder zu identifizieren und ihrem erhöhten Förderbedarf adäquat Rechnung zu tragen, sowohl was die Qualität der Förderung anbelangt als auch die Quantität. Die FDP Hamburg setzt sich dafür ein, dass Kinder mit Behinderungen vermehrt Angebote bekommen, an der Bildung in Allgemeinbildenden Schulen teilzuhaben. Kinder und Jugendliche mit Legasthenie haben einen Anspruch auf Nachteilsausgleich und besondere Schutzmaßnahmen und darauf, einen ihrer Begabung entsprechenden Abschluss zu machen. Ihrer Begabung entsprechende Förderung sollen ebenso Schüler erhalten, die durch besonders gute Leistungen auffallen. Die überwiegende Konzentration der Fördermaßnahmen auf die Schwächen der Schüler darf nicht länger die Förderung ihrer Stärken vernachlässigen. Durch die Förderung

der Stärken entsteht ein positiver Leistungsbegriff, damit die Freude am Wettbewerb und ein Empfinden für die daraus entstehende Vielfalt.

Bürokratieabbau

Mehr Entscheidungsfreiheit und weniger bindende Vorschriften für die Mitarbeiter, mehr Ergebnisverantwortung und Leistungsanreize schaffen eine andere „Unternehmenskultur“. Durch die Selbstständigkeit der Universität und Hochschulen reduzieren sich die Aufgaben der Behörde für Wissenschaft und Forschung, ebenso wie sich die Aufgaben der Behörde für Bildung und Sport durch selbstständige Schulen reduzieren. Die Aufgaben der Schulinspektion sind neu zu definieren und an eine externe Agentur zu vergeben. Es ist zu prüfen, ob das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung in eine GmbH umzuwandeln ist, an der die FHH eine Beteiligung hält (Beispiel Flughafen). Die frei werdenden Mittel sollen den Bildungseinrichtungen zugute kommen.

Berufliche Perspektiven für junge Menschen

Es ist ein wichtiges Anliegen liberaler Berufsbildungspolitik, jedem jungen Menschen nach Abschluss einer Allgemeinbildenden Schule eine erste Berufsausbildung mit dem Ziel einer unmittelbar anschließenden Berufsaufnahme zu ermöglichen. Alle Abschlüsse müssen daher anschlussfähig sein. Jeder junge Mensch ist seinerseits aufgefordert, eigeninitiativ alles zu tun, um einen Ausbildungsplatz zu finden, zu erhalten und mit einem erfolgreichen Abschluss zu beenden.

Das will die FDP Hamburg:

Die Neuordnung der beruflichen Schulen unter dem Dach des HIBB (Hamburger Institut für Berufliche Bildung) als Landesbetrieb ist ein Erfolg der Bildungspolitik der FDP in der letzten Legislaturperiode. Sie fördert die Unabhängigkeit der beruflichen Schulen, stärkt das Prinzip der dualen Ausbildung und verbessert das Zusammenwirken von Wirtschaft, Kammern und beruflichen Schulen. Diese Neuordnung muss weiterentwickelt werden.

- Ein Sofortprogramm für die Hauptschulen, nach dem die Klassengrößen halbiert und der Unterricht so weit intensiviert wird, dass alle Hauptschulabgänger die Ausbildungsreife im dualen System erreichen.

- Verstärkte Einrichtung von Berufspraktika und handwerklich technischer Schulprojekte als Orientierung und Motivation für zukünftige Berufstätigkeit.
- Verstärkte Koppelung von schulischen Ausbildungsgängen an Betrieben, damit berufsqualifizierende Fähigkeiten und Fertigkeiten bereits mit allgemeinen Abschlüssen erworben werden können.
- Individuelle Förderung durch individuelle Ausbildungsbetreuer.
- Flexiblere Arbeitszeiten.
- Masterplan für die Unterbringung des Doppeljahrgangs der Abiturumstellung auf 12 Jahre unter Berücksichtigung der ebenfalls vorhandenen Haupt- und Realschüler.
- Orientierung der Berufsausbildung an internationalen Maßstäben. Gemeinsam mit den Kammern sollen Berufsschulen den internationalen Aspekt ihrer Ausbildung erkennen und entsprechende Abschlüsse entwickeln. Dabei müssen auch Wege gefunden werden, die Praxisorientierung der Berufsbildung auch dann zu sichern, wenn das duale System nicht ausreichend leistungsfähig ist.
- Stärkere Vernetzung der Ausbildungsbetriebe auf europäischer Ebene mit dem Ziel, Auslandspraktika einzurichten.
- Stärkere Vernetzung von Ausbildungszentren gleicher Berufsfelder, um den effizienten Einsatz der Steuergelder zu fördern (Beispiel: Maritimes Kompetenzzentrum).
- Weiterbildung ist die Voraussetzung für angemessene Beschäftigung und Bildung. Weiterbildungsangebote und Angebote des zweiten Bildungswegs müssen weiter ausgebaut werden, wobei die privaten Anbieter gleichberechtigt die staatlichen ergänzen sollen.
- Künftig werden Berufsausbildungen und -praktika immer seltener für ein gesamtes Arbeitsleben ausreichen. Dem Einzelnen soll Gelegenheit gegeben werden (z. B. durch Auszeiten und Darlehen), seine Qualifikationen an neue Anforderungen anzupassen.

- Die FDP Hamburg unterstützt berufliche Vollzeit- und Teilzeitschulen und fordert eine curriculare Neuorientierung der Fachbildung, Allgemeinbildung und praktischen Ausbildung. Das Ziel ist eine höhere Durchlässigkeit von der Berufsschule zur Hochschule und ein berufliches Übergangssystem, d. h. Bildungsgänge, die keinen qualifizierten Berufsabschluss vermitteln, sondern auf eine Verbesserung der individuellen Kompetenzen zielen und/oder einen allgemein bildenden Abschluss ermöglichen. Für leistungsschwächere Abgänger sollten Stufenausbildungen durch Anerkennung von Praktika, Zertifizierungen von erworbenen Fähigkeiten (Teillehre) und Verlängerungsmöglichkeiten von Ausbildungszeiten möglich sein, ebenso eine generell verbesserte Anrechenbarkeit erworbener Qualifikationen.

Gleichwertigkeit von Allgemeinbildung und Berufsbildung

Liberaler Bildungspolitik tritt konsequent für die Umsetzung der formalen Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ein. Das bedingt gleichwertige Berechtigungen und gleiche Laufbahnchancen auf Grund von vergleichbaren Zertifikationen und Abschlüssen in diesem Bereich.

- Voraussetzung für die konsequente Aufwertung der Abgangszeugnisse von Berufsschulen ist die Einbeziehung in die Abschlussbeurteilungen.
- Abschlusszeugnisse der Berufsschulen sind Anschlusszeugnisse. Der fachgebundene Zugang zu den Hochschulen soll somit auch für studierfähige, beruflich qualifizierte ohne Abitur möglich sein, was dem Durchlässigkeitsprinzip unseres Bildungssystems entspricht.

Hochschule, Wissenschaft und Forschung

Die Hamburger Bildungslandschaft hat durch FDP-Initiativen wichtige Impulse erfahren, so durch die Gründung der TUHH und in der Studienreform. Nur durch Innovation und Fortschritt, nicht durch Forschungshemmnisse, entwickeln sich neue Wissenschafts- und Wirtschaftszweige, in denen langfristig neue Technologien und Erkenntnisse für gesellschaftlichen Fortschritt und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstehen können. Forschung und Innovation sind unsere „Bodenschätze“ und damit unsere wichtigsten Grundlagen für Freiheit und Wohlstand. Die Liberalen setzen auf langfristige, konsistente, ressortübergreifende Förderung von Wissenschaft,

Forschung und Entwicklung, in der eine hochwertige, international wettbewerbsfähige, akademische Ausbildung junger Menschen gelingen kann. Die Sparorgien der Vergangenheit haben den Hochschulen Wettbewerbsfähigkeit genommen und junge Wissenschaftler ins Ausland abwandern lassen. Das muss sich ändern. Hamburg soll wieder zur Einwanderungsstadt für junge Wissenschaftler werden. Im Wettbewerb mit anderen Hochschul- und Wissenschaftsstandorten sind zielgerichtete Anstrengungen notwendig.

Hochschulstandort

- Hierzu gehören wissenschaftliche Forschung, eine hohe Qualität der Lehre, unterstützt sowohl durch moderne Lehrmittel als auch durch eine exzellente Didaktik der Lehrenden.
- Im Wettbewerb um die besten Köpfe müssen Hochschulen die Freiheit haben, sich im nationalen wie internationalen Wettbewerb auf ihren leistungsstarken Feldern zu profilieren und zu behaupten. Auch Hamburgs Hochschulen müssen mehr als bisher eigene Schwerpunkte und Profile bilden, um im Wettbewerb bestehen zu können.
- Hochschulen müssen leistungsorientiert arbeiten, nicht verwalten. Sie sollen aktives Wissensmanagement betreiben und zu selbstständigen, eigenverantwortlichen Einrichtungen werden. Die FDP will den in Hamburg begonnenen Kurs hin zu autonomen Hochschulen weiter fortsetzen. An freien Hochschulen entscheiden Lehrende und Studierende selbstständig über die ihnen gemäße Wissenschaft und Forschungsarbeit.
- Die Hochschulen handeln an Maßstäben orientiert, die der Wissenschaft entstammen, und sie sind gleichzeitig der Gesellschaft gegenüber für ihr Wirken und für die in sie investierten Gelder verpflichtet. Im Gegenzug zu einer langfristigen Garantie der staatlichen Finanzierung durch entsprechende Hochschulverträge müssen Vereinbarungen über die speziellen hochschulpolitischen Ziele getroffen und überprüfbare Erfolgsschritte (Standards) festgelegt werden, an denen sich alle Institutionen messen lassen und die anschließend begutachtet und bewertet werden.
- Darüber hinaus sollen Hochschulen selbstständig wirtschaften und sich selbst für die Einwerbung von Geldern einsetzen. Mit den Drittmitteln, Studiengebühren und sonstigen Zuwendungen soll mehr

Qualität in der Forschung und Lehre geschaffen werden. Geeignete Rechtsformen und Stiftungsmodelle sind einzuführen. Studiengebühren sollen allein als verbesserte Finanzausstattung für die wissenschaftliche Lehre verwendet werden.

- Die Umstellung auf die europaweit anerkannten Bachelor-/Master-Abschlüsse muss zügig fortgesetzt und bis 2010 erfolgreich abgeschlossen werden. Dabei ist durch staatliche Vorgaben sowie durch Studienpläne und Prüfungsordnungen sicherzustellen, dass insbesondere die Bachelor-Abschlüsse zu an der Nachfrage der Wirtschaft orientierten berufsqualifizierenden Abschlüssen führen. Das erfolgreiche Bestehen der Bachelor-Examen sollte in der Regel Voraussetzung für das Studium zum Master-Abschluss sein.
- Langfristig soll auf Bachelor-/Master-Abschlüsse mit anschließenden Trainee-Stellen hingearbeitet werden. Dieses Modell hat neben der Ausbildungsverkürzung den Vorteil, dass akademische Bildung und Berufsbildung enger miteinander verzahnt werden.
- Die Verzahnung von beruflicher und akademischer Bildung muss enger werden. Hierfür ist die Einrichtung weiterer Berufsakademien, nach dem Vorbild der handwerklichen Berufsakademien, ein wichtiger Schritt.
- Der fachgebundene Zugang zu den Hochschulen soll auch für studierfähige, beruflich Qualifizierte ohne Abitur möglich sein, was dem Durchlässigkeits-Prinzip unseres Bildungssystems entspricht.
- Freie Hochschulen können selbst über Studiengebühren entscheiden. Eine staatlich verordnete Einheitsgebühr ist nicht wettbewerbsfördernd. Die FDP Hamburg will es Hochschulen und Fachbereichen ermöglichen, unterschiedlich hohe (oder gar keine) Studiengebühren zu erheben. Die Obergrenze liegt dabei bei 500 Euro pro Semester. Dazu gehört der Aufbau eines gut funktionierenden Stipendiensystems, das den Besten eines Jahrgangs Studiengebühren erlässt. Studienkredite für die Gebühren sind gemeinsam mit dem BAföG zu begrenzen. Zusätzlich sollte eine Geld-zurück-Garantie (Beispiel NRW) geschaffen werden.
- Hamburgs Hochschulen müssen sich frühzeitig auf den doppelten Abiturjahrgang vorbereiten, der 2011 an die Hochschulen kommt.

Entsprechende zusätzliche Kapazitäten (Personal/Räume) müssen ausgewiesen und durch eine Etataufstockung finanziert werden.

- Hochschulen sollen selbst über die Aufnahme von Studierenden entscheiden können. Hamburg wird deshalb eine Bundesrats-Initiative zur Abschaffung der ZVS (Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen) starten.
- An den staatlichen Hochschulen wird die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums geschaffen, das in seiner Gestaltung Anforderungen der Studierenden gerecht wird.

Wissenschaftsstandort

Hamburg ist mit etwa 250 Forschungs- und Lehranstalten ein dynamisches, vielfältiges Zentrum der wissenschaftlichen Ausbildung, Forschung und Entwicklung. Die Schwerpunkte des Standorts liegen in der Grundlagenforschung, wie der Bio- und Nanotechnologie und der Teilchenphysik (DESY), der Molekularbiologie, der Umwelt- und Klimaforschung, der Logistik und der Luftfahrt. Andere Bundesländer haben durch Kontinuität, Profilbildung und Leistungsorientierung gute Ergebnisse für ihre Universitäten bei der Exzellenzinitiative erzielen können, Hamburg noch nicht.

Forderungen für den Wissenschaftsstandort Hamburg:

- Von den Fördermitteln Exzellenzinitiative (knapp eine Milliarde Euro) erhalten die norddeutschen Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein nur etwa elf Prozent. Hamburgs Hochschulen müssen daher noch mutiger Schwerpunkte setzen.
- Ein adäquates geisteswissenschaftliches Angebot soll an der Universität Hamburg durch entsprechende Ziel- und Leistungsvereinbarungen erhalten bleiben. Das Angebot soll im Rahmen fakultätsübergreifender Forschungsprojekte besser genutzt werden. Es hat sich gezeigt, dass interdisziplinäre Ansätze die größten Chancen bei Exzellenzwettbewerben haben.

- Frei finanzierte Einrichtungen arbeiten oft flexibler und effizienter als staatliche, deshalb sollen Public-Private-Partnership-Projekte (Hochschulprojekte in privater Partnerschaft) künftig noch stärker ausgebaut werden. Die FDP begrüßt daher die Gründung privater Hochschulen, privater Institute an bestehenden Hochschulen oder privat finanzierter Lehrstühle und unterstützt die interdisziplinäre Vernetzung der Einrichtungen.
- Wissenschaft schafft Wirtschaftskraft. Die Förderung und Unterstützung der Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft soll intensiviert werden. Beispiel: der Ausbau der Norgenta GmbH als erfolgreiches Bindeglied zwischen den Life-Sciences (Lebenswissenschaften).
- Die FDP Hamburg setzt sich dafür ein, dass Hamburg Standort eines Fraunhofer-Instituts für angewandte Forschung wird.
- Fortsetzung der Cluster-Politik (Schwerpunkt-Politik) zur Gewinnung weiterer Forschungsinitiativen und Verhinderung von Abwanderung.
- Der Life-Science-Cluster (Schwerpunkt Lebenswissenschaften) mit den Bereichen der Medizintechnik, Pharma, Bio- und Nanotechnologien ist weiterzuentwickeln. Kompetenznetze müssen international gestärkt und ausgebaut werden, die Produktentwicklung vorangebracht und ein Lehrstuhl für Medizintechnik an der TUHH eingerichtet werden.
- Die Luftfahrt-Technologie stellt unter Berücksichtigung der Raumfahrt- und Informationstechnologie eine Querschnittstechnologie dar. Für kleine und mittlere Unternehmen sind Messen als „Pioniermärkte“ einzuführen, wo Tüftler und Erfinder ihre Produkte anbieten können.
- Ausgehend von der Städtepartnerschaft Hamburg-Shanghai soll Hamburg bestehende Kooperationen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit chinesischen Partnern weiter ausbauen.
- Die Erforschung regenerativer Energieerzeugung in Nord- und Ostsee und in der Land- und Holzwirtschaft sowie die Erforschung biogener Kraftstoffe sind zu unterstützen. Zur regenerativen Energieerzeugung durch Biomasse gehört, um ihren Output steigern zu können, ein modernes Gentechnik-Gesetz, das die Zukunftschancen des

Standorts wahr und nicht blockiert. Die FDP Hamburg will deshalb eine entsprechende Hamburger Bundesrats-Initiative starten.

- Aus einem Interesse für Neues ist durch die Kampagnen mancher selbsternannter Umweltschützer eine diffuse Form der Angst geworden. Wir wollen dieser Entwicklung entgegenreten und deutlich die Vorteile moderner Energieträger, Informationstechnik und der Genforschung hervorheben.
- Projekte wie die „Nacht des Wissens“ oder das geplante Science Center tragen dazu bei, dass sich die Wissenschaft der Gesellschaft öffnet. Die FDP Hamburg will diese Projekte deshalb fortführen.
- Die FDP Hamburg ist stolz auf DESY und wird den weiteren Ausbau dieser leistungsfähigen, europäischen Forschungseinrichtung für Teilchenphysik unterstützen.

III. Integration fördern

Zu einer Freien Stadt gehört es auch, den Menschen mit Migrationshintergrund die gleichen Chancen wie einheimischen Bürgern zu geben.

Die öffentlichen Debatten im Zusammenhang mit der Integrationspolitik des Senats weisen erhebliche Versäumnisse in der sozialen, wirtschaftlichen, schulischen und der kulturellen Integration der Migranten in Hamburg auf.

Integration ist ein wechselseitiger Prozess. Auch Zuwanderer mit nichtdeutschem Hintergrund müssen bereit sein, sich verpflichtenden Anforderungen bei der Integration zu stellen und diese aktiv begleiten und unterstützen.

Die FDP Hamburg fordert, allen hier lebenden Menschen gleiche Bildungs- und Einstiegschancen in unsere Gesellschaft zu gewähren, damit sie mit ihrer spezifischen Identität ein fester Bestandteil einer zukunftsweisenden liberalen Bürgergesellschaft werden können. Nicht Assimilation, sondern ein gegenseitiges Aufeinanderzugehen, gegenseitiges Verständnis, aber auch Akzeptanz unserer Rechts- und Werteordnung sowie das Erlernen der deutschen Sprache sind dabei Grundvoraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben.

Die Integrationspolitik muss eine Schwerpunktaufgabe der Behörde für Soziales und Gesundheit werden unter Federführung des Staatsrates für Soziales, um die Integrationsaspekte mehr als bisher in die Senatspolitik einzubinden.

Sprachförderung = Chancenförderung

Kinder und Jugendliche aus anderer kultureller Tradition dürfen nicht pauschal als Problemfälle behandelt werden. Voraussetzung für eine gezielte Unterstützung bei Kindern mit Förderbedarf ist eine umfassende Sprachkompetenz. Die FDP Hamburg fordert daher, dass Kinder verbindlich bereits mit 3 Jahren im Kindergarten an einer Sprachstandserhebung teilnehmen (siehe Sozialpolitik).

Ausbildung ist die beste Voraussetzung für erfolgreiche Integration

Eine gute Berufsausbildung ist die Ausgangsbasis für eine qualifizierte Beschäftigung, für einen beruflichen Aufstieg und somit für eine gesellschaftliche Integration. Die berufliche Ausbildung ausländischer Jugendlicher ist nach wie vor mangelhaft. Ein wesentlicher Grund dafür

besteht in den gravierenden Unterschieden im Bildungsabschluss deutscher und ausländischer Schüler.

Die FDP Hamburg wird sich dafür einsetzen, dass ...

- ... größere Anstrengungen unternommen werden, die Ausbildungssituation von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien zu verbessern, um ihnen eine berufliche Perspektive zu bieten;
- ... vermehrt Eltern mit Migrationshintergrund in das Sprachförderangebot der Schulen eingebunden werden;
- ... bereits in der Schule noch mehr Informationen über Ausbildungsplätze und so genannte Schnupperwochen (Praktika) von ausbildenden Betrieben angeboten werden;
- ... gemeinsam mit der Hamburger Wirtschaft, der Handelskammer und Handwerkskammer und den öffentlichen Behörden Angebote für mehr Ausbildungsplätze und neue Berufsgruppen, die den Lernausgangslagen besser gerecht werden, entwickelt werden;
- ... Schulabgängern mit Migrationshintergrund eine Alternative zu einer Vollausbildung angeboten wird;
- ... betroffene Schüler und Eltern stärker über die Bedeutung einer abgeschlossenen Berufsausbildung ihrer Kinder zu informieren sind.

Integrationszentren ausbauen

Die in Hamburg bestehenden Integrationszentren sind Begegnungsstätten und erster Anlaufpunkt für Migranten. Sie müssen verstärkt in Brennpunkten ausgebaut werden. Die wohnortnahe Verknüpfung von Kitas mit den Integrationszentren sowie anderen sozialen Einrichtungen der Familienhilfe sollte daher neu organisiert und strukturiert werden.

Religionsgemeinschaften

Die FDP Hamburg hält an der Trennung von Staat und Kirche fest. Auf dieser Grundlage befürwortet sie den konfessionsübergreifenden

Religionsunterricht im Klassenverband, der einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Identität und Integration leistet. Die Ausbildungsordnung der Lehrer und die Bildungspläne der Schulen sind der Tatsache anzupassen, dass eine wachsende Zahl von Schülern einen anderen religiösen Hintergrund hat.

Eine „Akademie der Weltreligionen“ in Hamburg

Die FDP Hamburg unterstützt die Initiative der Universität Hamburg, Lehrstühle für islamische Theologie, jüdische Theologie und Buddhologie einzurichten. Dies wäre für die Ausbildung von Religionslehrern von großer Bedeutung und würde es auch ermöglichen, mehr deutschsprachige islamische Geistliche (Imame) für die Moscheen auszubilden. Wenn es in Hamburg gelänge, eine „Akademie der Weltreligionen“ zu gründen, wäre dies innovativ und zukunftsweisend, und Hamburg könnte damit eine Vorreiterstellung in Deutschland und Europa einnehmen.

Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund fördern

Auch für Frauen gelten selbstverständlich alle Menschenrechte in gleichem Maße. Frauen dürfen nicht aus ethnischen noch aus religiösen Gründen benachteiligt oder gesellschaftlich diskriminiert und ausgegrenzt werden, sie müssen ohne Einschränkungen am Erlernen der deutschen Sprache, an Bildung, Ausbildung und Beruf teilhaben. Kultur und Religion dürfen auf keinen Fall zur Unterdrückung von jungen Frauen führen.

Für Kinder und Jugendliche aus anderen Kulturkreisen sollen die Erziehung zur individuellen Freiheit durch Aufklärung, Sport, die Gleichberechtigung der Geschlechter und das Recht auf Kindheit verbindliche Grundlage sein. Die Teilnahme am Sportunterricht und an schulischen Veranstaltungen, wie Klassenreisen, ist verpflichtend; diese Rechtslage ist endlich konsequent durchzusetzen.

Zwangsheirat ist eine Menschenrechtsverletzung und eine Straftat

Die FDP Hamburg setzt sich dafür ein, dass...

- ... die Jugendämter für die mit der Zwangsheirat verbundenen Probleme der jungen Frauen zu sensibilisieren sind, um ihnen ein auf ihre

Problemlage abgestimmtes Angebot im Rahmen einer Beratung und Erziehungshilfe oder auch der Unterbringung zur Verfügung zu stellen;

- ... die Innenbehörde und Migrant*innenorganisationen in Hamburg mehr Aufklärungskampagnen zu diesem Thema entwickeln und durchführen;
- ... die Eltern von jungen Frauen und Mädchen dabei stärker mit einzubeziehen sind.

Einbürgerung

Einbürgerung ist Ausdruck gelungener Integration. Sie schafft die Voraussetzungen für einbürgerungswillige Migrant*innen, am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben zu können und alle Rechte und Pflichten eines Staatsbürgers zu übernehmen. Der feierliche Einbürgerungsakt mit einem öffentlichen Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung sollte nicht nur ein formaler Akt sein, sondern Ausdruck der Verbundenheit und Identifikation mit unserem Land.

IV. Sport für Freie Bürger

Allgemeines

Sport ist in unserer ständig stärker technisierten Gesellschaft lebensnotwendig sowohl aufgrund seines Wertes in der Daseinsvorsorge als auch aufgrund seiner pädagogischen Wirkungen, seiner vitalen Funktionen und seiner sozialen Bindungskraft.

Sport und Bewegung helfen, ...

- ... faire Verhaltensweisen und Toleranz zu erlernen und zu leben;
- ... die gesellschaftliche Integration zu fördern;
- ... die individuelle Lebenssituation leichter zu bewältigen;
- ... Gesundheit, Wohlbefinden und Lebensfreude zu erhöhen;
- ... die Freizeit sinnvoll zu gestalten.

Zu Recht nimmt der Sport deshalb eine exponierte Stellung in Hamburg ein. Diese gilt es zu festigen, zu fördern und auszubauen. Dabei legt die FDP Hamburg besonderen Wert auf die große Vielfalt, die Hamburgs Sportlandschaft auszeichnet. Nur so hat jeder Sportinteressierte die Freiheit, das für sich passende Angebot auszuwählen. Kommerzielle Sporteinrichtungen sind dabei für die FDP Hamburg willkommene Ergänzung des Sportangebotes, wobei öffentliche Förderung den gemeinnützigen Vereinen, Verbänden und Einrichtungen vorbehalten bleiben soll, die nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind.

Die FDP Hamburg steht uneingeschränkt zum freien Wettbewerb im Bereich der Sportwetten, wobei private Wettunternehmen denselben Regelungen zur Finanzierung des Sports unterworfen werden müssen wie die staatlichen. Das mit dem geplanten Staatsvertrag vorgesehene Monopol für staatliche Glücksspielanbieter und generelle Werbeverbot für Sportwetten lehnt die FDP Hamburg ab. Dies ist europarechtlich nicht zu halten und wird insbesondere durch Online-Angebote aus dem Ausland unterlaufen. Das Beispiel Österreichs zeigt darüber hinaus, dass das ständig angeführte Argument der Spielsuchtgefahr nicht zutreffend und im Wesentlichen vorgeschoben ist. Nur durch freien Wettbewerb, insbesondere im Sportwettenmarkt, können überhaupt dauerhaft finanzielle Erträge für den Sport gesichert werden. Andernfalls werden wesentliche Wettumsätze an ausländische Anbieter verlorengelassen, die keinerlei Ab-

gaben oder Steuern in Deutschland zahlen. Die FDP Hamburg wird daher dem Glücksspiel-Monopol-Staatsvertrag nicht zustimmen.

Leistungs- und Breitensport

Breitensport ist als stabile Basis jeglicher sportlicher Betätigung unverzichtbar. Breitensportliche Betätigung ist der entscheidende Beitrag zur Gesundheitsvorsorge und weckt Interesse an Großveranstaltungen des Leistungssports. Im Breitensport erfolgt das wesentliche ehrenamtliche Engagement. Der sozial- und gesellschaftspolitische Nutzen ist deshalb gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Vor diesem Hintergrund ist das Drei-Säulen-Modell zur Finanzierung des gemeinnützigen Sports in Hamburg (Kostenlose Sportstättennutzung, 15-%-Anteil an den Glücksspielerträgen sowie kostenlose Überlassung staatlicher Flächen für Vereinsbauten) fortzuführen. Die Kürzungen in Höhe von 2,5 Mio. € durch den CDU-Senat werden von der FDP Hamburg abgelehnt.

Die FDP Hamburg begrüßt die Bereitschaft des organisierten Sports, Sportanlagen in Vereinsregie zu übernehmen. Verkörpert dies doch das liberale Prinzip, dass Bürger eigenverantwortlich die Aufgaben übernehmen, die sie selbst leisten können und wollen. Hierdurch gewinnen die Vereine unmittelbar Einfluss auf Abläufe und Organisation von Sportveranstaltungen, die direkt an die Bedürfnisse vor Ort angepasst werden können. Die FDP wird das derzeitige Chaos bei der Sportstättenübertragung unverzüglich beseitigen und klare Kriterien festlegen, nach denen die Übertragung an die Vereine erfolgt und wer dafür zuständig ist. Es darf jedoch keine dauerhafte Festschreibung der Entschädigungen auf dem Niveau von 2004 erfolgen. Die Zahlungen an die Vereine müssen im Rahmen der allgemeinen Kostenentwicklung überprüft und ggf. angepasst werden. Um eine bessere Auslastung der staatlichen Sportstätten zu erreichen, die sich noch nicht in Vereinsbetreuung befinden, fordert die FDP Hamburg, dass Sporthallen und Sportplätze auch nach 22.00 Uhr und in den Schulferien genutzt werden können.

Spitzensport

Der Leistungs- bzw. Spitzensport hat Vorbildfunktion und schafft für viele Menschen Anreize, sich selbst sportlich zu betätigen. Vor diesem Hintergrund begrüßt die FDP Hamburg alle Bemühungen, spitzensportli-

che Großveranstaltungen in Hamburg durchzuführen. Dies gilt für einmalige Veranstaltungen, wie z. B. die Fußball-, Handball- und Triathlon-Weltmeisterschaft, aber auch für ständige Events, wie z.B. Marathon, Cycloclassics und Hamburg City-Man Triathlon.

Die FDP Hamburg unterstützt eine Olympiabewerbung Hamburgs, zu welchem Jahr auch immer, und wird alle Bemühungen in diese Richtung unterstützen. Dazu gehört für die FDP Hamburg insbesondere die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für den Leistungssport wie die neue Leichtathletik-Trainingshalle, deren Grundsteinlegung unter liberaler Regierungsverantwortung für den Sport erfolgte. Dazu gehören weiterhin ein Olympiastützpunkt mit attraktiver Infrastruktur, Partner- und Eliteschulen des Leistungssports sowie funktionsfähige Sportstätten insgesamt. Die FDP fordert den Ausbau der Jahnkampfbahn zu einem Leichtathletikstadion, das europäischen Ansprüchen genügt. Die dauerhafte Subventionierung kommerzieller Großveranstaltungen mit staatlichen Mitteln lehnt die FDP Hamburg ab.

V. Auch Kultur braucht Freiheit

Zu einer Freien Stadt gehört auch, die Freiheit von Kunst und Kultur zu gewährleisten und die Rechte der Künstler und Kulturschaffenden zu garantieren.

Vornehmste Aufgabe der Politik ist, ihnen die nötigen Gestaltungsspielräume zu öffnen und zu sichern. Nicht zufällig sind die erfolgreichen Phasen Hamburger Kulturpolitik von Liberalen geprägt worden.

Im Zeitalter einer Überflutung der Sinne durch die verschiedensten Botschaften, deren Wirkung keineswegs nur rationaler Natur sind, sondern die oft genug, wie z.B. die Werbung, gerade Erwägungen der Vernunft zu unterlaufen suchen, ist die Beschäftigung mit Kunst eine wichtige Form der Aufklärung. Sie sollte nicht auf die Schule beschränkt sein, sondern auch Teil der Kulturvermittlung, für die der Staat Räume zu schaffen hilft.

Liberaler verstehen unter Kunst und Kulturförderung Strukturförderung, sie wissen, dass staatliche Förderung von Kunst und Kultur nicht unter dem Gesichtspunkt, dass jeder investierte Euro sofort und unmittelbar mit Gewinn zurückfließen muss, zu sehen sind. Wir brauchen ein modernes Urheberrecht und dessen Durchsetzung. Künstler und Kulturschaffende und ihre Partner müssen das Recht und die Möglichkeit haben, für und durch Kunst und Kultur existieren zu können.

Liberaler Kulturpolitik fördert Eigenständigkeit und Wettbewerb in der Kunst Kultur kommt von den Menschen und dient den Menschen, schafft Arbeitsplätze, stärkt den Wirtschaftsstandort Hamburg, erhöht das Ansehen dieser weltoffenen Stadt und ist Motor des Tourismus. Liberaler wollen eine kreative, reiche Kunst- und Kulturlandschaft „zwischen Underground und Hochkultur“ in einer Freien Stadt Hamburg.

Die FDP Hamburg steht für folgende Maßnahmen für Kunst in der Freien Stadt:

- Private Kunst- und Kulturförderung durch Förderung von Stiftungen und Vereinen und Aufwertung des Ehrenamtes durch Hilfestellung von Behörden und Ämtern.
- Kulturpolitische Unterstützung auf allen Ebenen künstlerischen, kulturellen Lebens in der Hansestadt sowohl der Basiskultur in den Stadtteilen als auch der Spitzenkultur.

- Strukturförderung statt „Leuchtturm-Projektförderung“ durch Schaffung von und Stärkung der bestehenden Plattformen zur Vernetzung von Kultur und Wirtschaft, um privatwirtschaftliches Engagement (Sponsoring, Fundraising) zu fördern. Die Hamburger FDP unterstützt die Errichtung der Elbphilharmonie unter der Voraussetzung, dass Investitionskosten und Betriebskosten in einem Konzept privater Finanzierung gedeckt werden können.
- Staatliche Kulturförderung, die nicht in Konkurrenz zu privaten Kunst- und Kulturinitiativen steht, sondern diese ergänzt durch Entwicklung eines gerechten und geprüften Subventionsmodells für alle Kulturbetriebe. Voraussetzung für Zuschüsse an Staatsbetriebe ist die Erfüllung des Staatsauftrages. Eine Wettbewerbsverzerrung durch den Förderbetrieb darf es nicht geben. Erbhöfe und Gewohnheitssubventionierungen lehnt die FDP Hamburg ab. Ein Werben um das Interesse der Jugend an der Kultur durch Förderung von Einrichtungen und Vereinen, wie z. B. das FSJ Kultur (Freiwilliges Soziales Jahr Kultur) Ein positives Klima für Kreativität, Kunst und Kultur in Hamburg durch starke Einbindung des Hamburger Kulturlebens und auch der neueren Hamburger Kulturgeschichte (von Lessing über Telemann, Heine, Brahms und Lenz bis hin zu Hans Albers, der Swingjugend, den Beatles und Rattles und der heutigen Popkultur) in die Arbeit der Hamburg Marketing GmbH.
- Stärkung der betriebswirtschaftlichen Fortbildungsmöglichkeiten für Künstler und Kulturschaffende.
- Kulturpolitische Finanzkonzepte, die Einsparungen ermöglichen, ohne die Kreativität zu behindern u. a. durch die Einrichtung eines zentralen Fundus der Staats-Bühnen, finanziert durch einen gemeinsamen Fonds sowie durch Auftragsvergabe von Bühnenbauten auch an private Handwerksbetriebe.
- Aufbrechen der Beamtenmentalität in staatlichen Kulturbetrieben, die als Bremse für die Kreativität wirkt und Hamburg im internationalen Vergleich im Mittelmaß belässt; u. a. durch die Besetzung der Aufsichtsräte von in GmbHs umgewandelten staatlichen Kulturbetrieben auch durch Personen, die nicht Karriere in Staatsbetrieben, sondern in der Privatwirtschaft gemacht haben.

VI. Verkehr

Die FDP Hamburg steht für urbane Mobilität. Die Lösungen der innerstädtischen Verkehrsprobleme liegen in der Kombination und Modernisierung aller städtischen Verkehrsträger und Verkehrsleitsysteme. Auch in der zweiten Legislaturperiode nach Rot-Grün steckt Hamburg immer noch im Stau. Der Grund dafür ist die mangelhafte und halbherzige Umsetzung notwendiger Modernisierungs- und Infrastrukturmaßnahmen durch den CDU-Senat. Die positiven Ansätze des Wechsels 2001 sind nahezu vergessen oder werden populistischen Maßnahmen, wie Ampeln mit Sekundenzeigern, geopfert. Wichtige Innovationen wie die flächendeckende Einführung telematischer Systeme werden unter so genannten Pilotprojekten begraben, die zudem noch schlecht durchgeführt wurden, so dass verlässliche Fallzahlen nicht ermittelt werden konnten. Notwendige Infrastrukturprojekte wie die Hafenuferspanne scheitern an mangelnder Phantasie und/oder mangelndem Sachverstand des gegenwärtigen Senats. Die Hamburger CDU hatte schon 2001 kein eigenes Verkehrskonzept, und die Folgen zeigen sich jetzt. Die Einführung von Tempo 60 beispielsweise auf manchen großen Ausfallstraßen ist sicherlich sinnvoll, aber nur dann effektiv, wenn die Ampeln entsprechend geschaltet werden.

Die bestehende Verkehrsplanung ist mangelhaft und bedarf der Korrektur. Hamburg braucht ein verkehrspolitisches Gesamtkonzept mit einem neuen Generalverkehrsplan, der alle Verkehrsträger sinnvoll einbindet. Schiene, Straße, Wege und Wasser sind als überregionale wie auch innerstädtische Gegebenheiten zu berücksichtigen.

Hamburgs überregionale Straßenverkehrsverbindungen müssen verbessert werden. Hamburg braucht

- eine zügige Realisierung der Hamburg nahen Autobahnverbindungen (Nordspange) zwischen A23, A7, A1, A24, die westliche Elbquerung mit der A20 bei Glücksstadt, die A26 mit einer das „Alte Land“ schonenden Trassenführung, östlich von Hamburg in Fortführung der Ringlösung die Verklammerung von A20, A24, A25 und A1 einschließlich einer weiteren Elbquerung (A250, A21);
- eine Ausfädelung der A23 auf die A7 für das Autobahndreieck Hamburg Nordwest nach Norden;

- eine Ausfädelung der A24 auf die A1 für das Autobahn-Kreuz Hamburg-Ost nach Norden, den sechsspurigen Ausbau der A7 bis zum Abzweig Kiel und achtspurig mit Standbuchten auf Hamburger Gebiet von dem Autobahndreieck Hamburg-Südwest bis zum Dreieck Nordwest;
- gefahrtaugliche Regionalfähren auf der Elbe für die Verknüpfung der Gemeinden nördlich und südlich der Elbe und zur Entlastung der bestehenden und geplanten Autobahnen;
- die Fahrinnenanpassung der Elbe vom Hafen Hamburg bis zur Mündung, unter Berücksichtigung der Interessen der von dieser Maßnahme betroffenen Gemeinden und Landkreise elbabwärts.

Der Verkehrsfluss im innerstädtischen Bereich muss ebenfalls dringend verbessert werden. Hamburg leidet seit Jahrzehnten nicht nur an einer miserablen Verkehrsplanung. Hamburg leidet besonders an den diffusen verwaltungsmäßigen Zuständigkeiten für die Umsetzung von Verkehrsprojekten und die Koordinierung der verschiedenen Verkehrsträger. Alle größeren Veränderungen – organisatorischer oder baulicher Art – werden auch nach der letzten Verwaltungsreform von mehreren verantwortlichen Stellen bearbeitet. Meistens sind es das zuständige Bezirksamt, die Verkehrsbehörde (BSU), die Polizei (Innenbehörde) und in vielen Fällen auch der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) oder die Hamburg Port Authority (HPA). Diese komplizierte Verantwortungsstruktur ist der Grund für das frühe Scheitern vieler Vorhaben. Beschlüsse, die nicht zu Ende gebracht werden, kosten Geld und verbessern die Bedingungen für die Bürger nicht. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass Hamburg, wie viele andere Städte, ein Verkehrsmanagement mit der erforderlichen Verantwortung und den notwendigen Kompetenzen einrichtet.

Im Einzelnen sollen umgesetzt werden:

- zur Beschleunigung des Verkehrsflusses der flächendeckende Einsatz von Telematik in neuester Technologie;
- der Anschluss aller Lichtsignalanlagen an den Verkehrszentralrechner;
- übersichtlichere und verständlichere Beschilderung und Markierung der Straßen;

- keine Verkehrsberuhigung in Mischgebieten;
- Radarkontrollen nur an Stellen, wo sie der Verkehrssicherheit dienen – mobile Tempoanzeigegegeräte sollten vermehrt verwendet werden;
- Einrichtung von Parkverbotszonen nur dort, wo parkende Autos den Verkehr tatsächlich behindern;
- Verkehrsberuhigung in reinen Wohngebieten durch entsprechende bauliche Maßnahmen;
- keine Reduzierung des Parkraumes in Hamburg (für die Parkraumbewirtschaftung sollten Quartiersgaragen, auch unter Einbeziehung privater Investoren, eingeführt werden; außerdem würde in den Bezirken der verstärkte Einsatz von Parkleitsystemen Entlastung bringen; um zusätzlichen Parkraum im Bereich des Hauptbahnhofes schaffen zu können, sollte die Überbauung der Gleisanlagen geprüft werden);
- verstärkte abendliche Ampelabschaltung, auch in Wirtschaftszonen wie z.B. Hafen- und Gewerbegebieten;
- verstärkte Realisierung von Kreisverkehrslösungen;
- kreuzungsfreier vierspuriger Ausbau des Ring 2 auf den Hauptausfallstraßen sowie besonders staugefährdeter Kreuzungen wie Kieler Straße/Sportplatzring, Billhorner Brückendeich/Amsinckstraße;
- Verbindung der Hafenquerspange sowie der stadtnahen Autobahnen zu einem Tangentenviereck als Stadtautobahn;
- schnellstmögliche Realisierung der Finkenwerder Ortsumgehung;
- Durchbau der Sengelmanstraße bis zur Saarlandstraße;
- Überprüfung vorhandener Verkehrszeichen auf ihre Notwendigkeit und Abbau aller nicht notwendigen.

Für Fußgänger und Radfahrer

- Viele Rad- und Fußwege sind in einem unzumutbaren Zustand. Die Mängel müssen umgehend beseitigt werden.

Im Öffentlichen Personennahverkehr sollen umgesetzt werden

- die Trennung von Strecke und Betrieb, um private Bewirtschaftung mit verbesserten Leistungen zu ermöglichen;
- die bessere Anbindung des Umlandes an die bezirklichen Zentren mit angemessener Beteiligung des Umlandes an der Finanzierung;
- die verbesserte Versorgung der Randgebiete auch in Nebenzeiten durch den Einsatz von Kleinbussen und Sammeltaxis unter Einbeziehung von Express-Bussen mit wenigen Haltepunkten;
- Wiederherstellung oder Neuschaffung von Bushaltebuchten, um den Verkehrsfluss und die Verkehrssicherheit zu verbessern;
- die Freigabe sämtlicher Busspuren für den Taxiverkehr;
- ein flexibler Taxitarif mit einer Obergrenze;
- Abschaffung des Schnellbuszuschlags;
- die Beschleunigung des Baus barrierefreier U- und S-Bahnhöfe bzw. Anpassung vorhandener Bahnhöfe an die Bedürfnisse von Behinderten, älteren Mitbürgern, Eltern mit Kinderwagen und Radfahrern;
- die Verlängerung der S- und U-Bahn Strecken über Hamburg hinaus (z.B. nach Lüneburg/Buchholz oder S4 Richtung Ahrensburg/Bad Oldesloe) und Einbeziehung bestehender Nahverkehrsstrecken in das S-Bahn-Netz;
- die Überprüfung des U-Bahn-Konzeptes für die Hafencity auf Wirtschaftlichkeit und Finanzierung;
- die Revitalisierung des Hafenbahntunnels Altona mit Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr;

- die Nutzung des Wassernetzes in Hamburg für Wassertaxis;
- die U-Bahnanbindung von Steilshoop und Bramfeld.

VII. Nachhaltiger Umweltschutz in der Freien Stadt

Im Mittelpunkt liberaler Umweltpolitik steht der Mensch. Sie umfasst im Besonderen die Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder und deren Recht auf eine saubere Umwelt. Ein unsere Ressourcen schonender Umgang mit der besiedelten und unbesiedelten Natur ist für Liberale deshalb selbstverständlich. Den von anderen Parteien behaupteten Grundkonflikt zwischen staatlich zu organisierendem Naturschutz und einer freiheitlichen wirtschaftlichen Entwicklung gibt es so nicht. Natur und Wirtschaft sind Teile der menschlichen Umwelt und müssen zum Wohle der Menschen miteinander in Einklang gebracht werden. Dabei setzen Liberale sowohl beim Naturschutz als auch für die wirtschaftliche Entwicklung auf die Eigeninitiative der Bürger statt auf staatlichen Dirigismus. Ein mit Kosten verbundener Umweltschutz benötigt zur Umsetzung eine intakte Volkswirtschaft und Standortpolitik mit Weitsicht. Die Entwicklung moderner Technologien bietet die Aussicht auf effiziente Umweltschutzmaßnahmen. Nur die Kenntnis über die Natur und der damit gewachsene Respekt ermöglichen einen verantwortungsvollen Umgang. Die Kreativität von Bürgern und privaten Unternehmen muss dabei viel mehr, als dies bisher geschehen ist, genutzt werden. Das Beispiel von Bachpatenschaften zeigt, dass privates Engagement mit wenig Aufwand effizienten Umweltschutz bewirken kann.

Die Ressource „Fläche“ ist in einem Stadtstaat wie Hamburg sehr begrenzt. Daher müssen innovative Wege beschritten werden, um notwendige Ausgleichsmaßnahmen möglichst ökologisch hochwertig zu gestalten. Der besseren Vernetzung von Biotopen ist dabei Vorrang vor verstreuten Flächenaufwertungen zu geben. Das Werkzeug „Maßnahmenbevorratung (Ökokonto)“ muss in Hamburg verstärkt eingesetzt werden; die entsprechende Umsetzung in das Hamburger Naturschutzgesetz ist vom Senat jahrelang verschleppt worden.

Das will die FDP Hamburg:

- Die bestehenden Naturschutzgebiete müssen erhalten bleiben.
- Der Ausgleich für Hafenerweiterung, Airbus-Ausbau und Ortsumgehung Finkenwerder muss schnellstmöglich hergestellt werden, auch um die Voraussetzung für rechtmäßige Planverfahren für zukünftige zu schaffen.

- Die Belange der Elbanlieger, des Hochwasser- und des Naturschutzes müssen mit der notwendigen Elbvertiefung in Einklang gebracht werden.
- Die Hamburg nahen Kulturlandschaften müssen in den besonderen Schutz aufgenommen werden.
- Das Staatsrätemodell zur Flächenbewertung bei Ausgleichsmaßnahmen muss überarbeitet werden.

Energiepolitik und Umweltschutz

Die Energieversorgung muss sich an den Zielen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit orientieren. Die Versorgungsdichte und die im weltweiten Vergleich sehr niedrige Ausfallquote sind zu erhalten und zu sichern. Hierzu soll zunehmend Energie aus einem Mix von Energieträgern zu wettbewerbsfähigen Preisen gewonnen werden. Hierbei ist allerdings ein besonderes Augenmerk auf die Wirtschaftlichkeit der Energieträger zu legen. Eine Netzeinspeisung von Strom aus regenerativen Quellen, der unwirtschaftlich gewonnen wird, lehnt die FDP Hamburg ab und fordert daher die mittelfristige Beendigung aller Subventionsprogramme. Das Gesetz über den Vorrang der erneuerbaren Energien ist außerordentlich kostenintensiv und schaltet zudem jeden Wettbewerb zwischen diesen Energieformen aus.

Eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke ist notwendig, um bei der Stromproduktion Klima- und Versorgungssicherheitsziele zu erreichen. Dies wird zumindest so lange sein müssen, wie die erhofften wirtschaftlichen Verfahren für CO₂-reduzierte Kohleverstromung und für grundlastfähige erneuerbare Energien als Alternative nicht zur Verfügung stehen. Der staatlich verfügte Ausstieg aus der Kernenergienutzung am Standort Deutschland widerspricht in diesem Sinne den energiepolitischen Zielen der Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit.

Das will die FDP Hamburg:

- Die Energieversorgung muss sich an den Zielen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit orientieren. Die Förderung von Investitionen in die Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen ist degressiv (abnehmend) zu gestalten, um Forschung und Entwicklung in diesem Bereich zu zielgerichteten Anstrengungen anzuhalten.

- Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke, solange umweltschonende Alternativen, die zugleich den Zielen der Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit entsprechen müssen, nicht zur Verfügung stehen.
- Alternative Energiequellen wie z.B. die Brennstoffzellentechnologie sind weiter zu erforschen.
- Der Öffentliche Personennahverkehr und die Kommunalfahrzeuge sind, soweit möglich, auf Biodiesel mit Rußfiltern bzw. auf Erdgas umzustellen.
- Ermöglichung der Errichtung eines zusätzlichen Kraftwerks in Moorburg.
- Die Verhütung von Monopol- und Oligopolstellungen auf den Energie- und Versorgungsmärkten.

Trinkwasser

Die Trinkwassereinzugsgebiete Hamburgs, insbesondere jene in Niedersachsen, sind in der Vergangenheit überstrapaziert worden. Dies hat zu einer Absenkung des Grundwasserspiegels geführt. Die FDP Hamburg fordert schnellstmöglich eine neue vertragliche Regelung mit den betroffenen Landkreisen bezüglich der bei erhöhter Nachfrage zwingend erforderlichen Reduktion der Lieferung aus überstrapazierten Einzugsgebieten. Darüber hinaus ist die Alternative „Uferfiltration“ für die Wassernutzung in der Industrie zu prüfen.

Das will die FDP Hamburg:

- Besseres Management zur Regulierung des Grundwasserspiegels sowie bessere Information der Bürger über dieses Problem.
- Bessere Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden bezogen auf die Trinkwasserversorgung.
- Wiederaufnahme der Uferfiltration der Elbe.
- Keine Privatisierung der Hamburger Wasserwerke.

Abfallwirtschaft

Die gelbe Tonne gehört auf den Müll. Die FDP Hamburg fordert den Verzicht auf eine Trennung des Hausmülls mit Ausnahme von Papier und Glas.

Gesetzliche Rahmenbedingungen

Hamburg ist zur Umsetzung europäischer Rahmenrichtlinien gezwungen. Das Hamburger Naturschutzgesetz ging in einigen Teilen über die geforderten Richtlinien hinaus, hat aber in anderer Hinsicht entscheidende Schwächen. So werden private und kleine Unternehmen über Gebühr belastet, die Stadt selbst aber privilegiert.

Das will die FDP Hamburg:

- Keine Privilegierung städtischer Baumaßnahmen.
- Die Bürger belastende Regelungen, die über das Bundesnaturschutzgesetz hinausgehen, sind abzuschaffen.

VIII. Freie Wahl für Freie Bürger

Die demokratische Beteiligung der Bürger ist mehr als nur eine lästige Pflichtveranstaltung. Sie ist das Kernstück der Demokratie. Möglichkeiten, den Einfluss der Bürger durch ihre Wahlentscheidungen zu erhöhen, müssen konsequent genutzt werden. Die FDP Hamburg steht deshalb nicht nur vorbehaltlos zum reformierten Wahlrecht, wie es durch einen demokratischen Bürgerentscheid eingeführt wurde, sie setzt sich darüber hinaus auch für die Ausweitung auf eine Direktwahl der Bezirksbürgermeister und eine Vereinfachung der Volksgesetzgebung ein.

Das will die FDP Hamburg:

- Wiedereinführung des durch Volksentscheid eingeführten reformierten Wahlrechts.
- Erleichterung von Volksentscheiden.

IX. Für ein Freies und Sicheres Hamburg

*„Wer die Freiheit einschränkt, um Sicherheit zu gewinnen,
wird am Ende beides verlieren.“*

Benjamin Franklin

1. Freiheit ist Sicherheit

Wir wollen, dass Hamburg eine liberale, lebenswerte Stadt ist. Für Liberale ist von zentraler Bedeutung, den Bürgern Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit. Zum ausgewogenen Schutz von Recht, Freiheit und Lebensqualität brauchen wir einen demokratischen und liberalen Rechtsstaat.

Die FDP Hamburg wird die staatliche Überwachung (gläserner Bürger durch unbehinderten Zugriff auf private Daten des Bürgers) zurückdrehen und die Freiräume für mündige Bürger wiederherstellen. Die FDP ist und bleibt die Rechtsstaatspartei und die Partei der Bürgerrechte.

Eine Balance zwischen Freiheit und Sicherheit ist die liberale Antwort auf die ständige Bedrohung der bürgerlichen Freiheiten und Grundrechte durch Kriminalität, internationalen Terrorismus, Korruption, schleppende Rechtsgewährung und ungezügelte Eingriffe des Staates.

Die FDP Hamburg will für eine Freie Stadt Hamburg:

- Schutz der Freiheit und des Eigentums der Bürgerinnen und Bürger.
- Gewährleistung der inneren Sicherheit durch effizienten und schnellen Rechtsschutz.
- Strikte Wahrung der Grundrechte unserer Verfassung.
- Konsequente Beschränkung staatlicher Eingriffe zur Sicherung einer liberalen Bürgergesellschaft.

2. Sicherheit ist Kernbestandteil staatlicher Verantwortung

Hamburg als Bundesland ist für die Gewährleistung der inneren Sicherheit, vor allem zum Schutz vor Kriminalität und terroristischen Anschlägen, originär zuständig. Die FDP setzt in erster Linie auf Kriminali-

tätsverhütung, sodann auf Gefahrenabwehr und schließlich auf die Strafverfolgung. Weltweite Terroranschläge zeigen die Verletzlichkeit von rechtsstaatlichen Demokratien. Wir dürfen uns durch Terroristen nicht verleiten lassen, unsere Verfassung auszuhöhlen. Gesetzesaktionismus und vorschnelle Eingriffe in Bürgerrechte müssen durch eine nüchterne Defizitanalyse ersetzt werden. Und die Diagnose zeigt, dass wir kein Gesetzgebungsdefizit, sondern ein Vollzugsdefizit haben. Wir brauchen nicht immer neue und schärfere Gesetze, sondern einen konsequenten Gesetzesvollzug. Schärfere Gesetze sind nicht automatisch auch mit mehr Sicherheit verbunden.

Die FDP Hamburg will daher für eine Freie Stadt Hamburg:

- Keine Gesetzesverschärfungen, die Sicherheit vortäuschen. Sicherheit macht man mit Polizisten, nicht durch immer mehr Gesetze.

3. Verhältnismäßigkeit staatlicher Instrumente

Innere Sicherheit steht in einem klassischen Spannungsverhältnis zur Freiheit und Rechtsstaatlichkeit liberaler Prägung, insbesondere den Freiheitsrechten selbst: die Unschuldsvermutung, das Gebot des fairen Verfahrens mit rechtlichem Gehör, das strenge Beweisrecht und der Schutz der Intim- bzw. Privatsphäre. Jede einzelne Eingriffsmöglichkeit staatlicher Behörden muss den Grundsätzen von Eignung, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit genügen. Deshalb müssen diese Eingriffsrechte endlich nüchtern auf Effizienz hin untersucht werden.

Die FDP Hamburg will daher für eine Freie Stadt Hamburg:

- Eine zeitliche Befristung von Eingriffsgesetzen, die eine laufende Evaluation einschließt.
- Keine flächendeckende Videoüberwachung.
- DNA-Analysen als geeignetes Mittel zur Aufklärung insbesondere schwerer Straftaten (Mord- und Vergewaltigungsdelikte), aber eindeutige gesetzliche Grundlagen und den Richtervorbehalt sowohl bei Massen-DNA als auch im Einzelfall. Die gewonnenen Daten der unschuldigen Bürger dürfen nicht dauerhaft auf Vorrat gespeichert werden.

- Bis zu einer Neuregelung des Bundesgesetzgebers kommt die optische und akustische Wohnraumüberwachung (Lauschangriff) nicht mehr zur Anwendung.
- Kein Missbrauch von Daten der elektronischen Mautstellen auf den Bundesautobahnen zur Identifikation von Kraftfahrzeugen.
- Keine präventive Telefonüberwachung, da sie ohne konkreten Tatverdacht durchgeführt werden könnte.
- Rechtsstaatlich bedenkliche Ermittlungs- und Verfolgungsinstrumente wie Rasterfahndung und verdachtsunabhängige Personenkontrollen müssen wieder beschränkt werden.
- Das derzeitige Hamburger Hundegesetz lehnen wir ab. Die FDP Hamburg will eine verfassungsrechtlich und verwaltungsmäßig einwandfreie Lösung, die tierschutzgerecht für Hundehalter ebenfalls für Sicherheit sorgt. Hundehalter, die einen freiwilligen Sachkundenachweis erbringen, erhalten eine Ermäßigung der Hundesteuer.
- Die FDP lehnt die Online-Durchsuchung von Computern im Rahmen der Strafverfolgung oder der Prävention von Straftaten ab.

4. Kriminalprävention

Vorbeugung von Straftaten, die Prävention, steht bei den Liberalen zeitlich und vom Gewicht her an erster Stelle. Die Ursachen für kriminelles Handeln werden nämlich bei vielen Tätern schon in frühester Kindheit gesetzt. Sie liegen in zerrütteten Familienverhältnissen, in den Kinder oft allein gelassen werden, Gewalt selbst erleben und ohne Respekt gegenüber Eigentum und Freiheit und ohne ein positives Wertegefühl aufwachsen. Diese Defizite werden oft in Kindergärten und Schulen nicht ausreichend kompensiert (siehe weiter unter Bildung), Integrationsprobleme von Ausländern und Aussiedlern (siehe weiter unter Integration) müssen entschlossen angegangen werden.

5. Leistungsfähige und moderne Polizei und Feuerwehr

Um Freiheit in Sicherheit in einem funktionierenden Rechtsstaat zu gewährleisten, setzt sich die FDP für eine personell und sachlich gut ausgestattete Polizei ein. Kriminalität ist schon längst grenzüberschreitend. Dies gilt nicht nur für die Bundesländer, sondern längst – und gerade beim Hamburger Hafen – international. Die Hamburger Feuerwehr hat als Großstadt- und Hafengewehr vielfache Aufgaben. Die bisherige Organisationsstruktur, der Feuerwehr die Rettungsfahrten als quasi staatliches Monopol zuzuteilen, gehört ebenso auf den Prüfstand wie die Möglichkeiten, die technische Sicherheit in Hamburg durch zivile Organisationen (Samariter, Rotes Kreuz) und kommerzielle Anbieter sinnvoll zu ergänzen.

Die Freiwilligen Feuerwehren in Hamburg sind die ältesten Bürgerinitiativen der Stadt. Mit den jeweiligen Jugendfeuerwehren leisten sie weit über den reinen Brand- und Katastrophenschutz hinaus auch unschätzbare positive Arbeit im Dienste der Gesellschaft. Diese freiwilligen Feuerwehren arbeiten so verantwortungsbewusst und im Verhältnis ihres Outputs so sparsam, dass sie selbst mit ihrem Geld umgehen sollten.

Die FDP Hamburg will daher für eine Freie Stadt Hamburg:

- Eine legislaturübergreifende, langfristige Personalplanung, auch in Bezug auf Beförderungen, bei der Hamburger Polizei, die bei der Polizei und der Feuerwehr zu einer deutlich erhöhten Stellenzahl führt. Polizei und Feuerwehr nehmen staatliche Kernaufgaben wahr, die allen anderen staatlichen Betätigungsfeldern vorgehen.
- Die Vernetzung des Digitalfunks muss auch mit den nichtstaatlichen Organisationen im Rahmen einer Road Map erfolgen, damit Einsatzvorteile vor allem in der gezielten, gleichwohl breiten Adressierung und Geschwindigkeit zum Vorteil der Bürger eintreten.
- Polizeiorganisation mit dem Ziel: Mehr Polizisten auf der Straße, beim Bürger vor Ort und bei der Aufklärung von Straftaten.
- Die Hamburger Polizei ist gemäß internationaler Standards für die Zusammenarbeit mit Europol auszustatten.

- Keine Ausweitung der Kompetenzen für Europol und Bundespolizei, nur mit dezentralen Organisationsstrukturen lassen sich die Potentiale der Hamburger Polizei bei Prävention und Strafverfolgung optimal nutzen.
- Die Hamburger Polizei erhält im Rahmen einer Public-Private-Partnership eine Reiterstaffel für den Streifendienst in den öffentlichen Parks und Grünanlagen und Außenbereichen zum Einsatz bei den diversen Hamburger Großereignissen (Fußball, Popstars, Hafengeburtstag, Alstervergnügen etc.).
- Freigabe der Rettungsfahrten der Feuerwehr nach Festlegung eines Qualitätsstandards auch für zivile und kommerzielle Anbieter.
- Begutachtung und Bewertung für die Ergänzung von Feuerwehraufgaben auch durch private und kommerzielle Anbieter.
- Eigenes bzw. selbst verwaltetes Budget für die Freiwilligen Feuerwehren.

6. Leistungsfähige und moderne Justiz

Eine bürgernahe, leistungsfähige und unabhängige Justiz ist für den liberalen Rechtsstaat und einen starken Wirtschaftsstandort Hamburg unverzichtbar. Die Verfahrensdauer in vielen Gerichtsweigen ist zu lang, in einigen Fällen, in denen das wirtschaftliche Überleben einer Partei vom Ausgang des Prozesses abhängt, oder auch bei älteren Mitbürgern vor den Sozialgerichten, grenzt dies an Rechtsschutzverweigerung. Auch die Dauer von Ermittlungs- und Strafverfahren muss verkürzt werden. Hier gilt der pädagogische Leitsatz, dass die Strafe auf dem Fuße folgen müsse. Opfer von Verbrechen dürfen nicht nur Verfahrensgegenstand, z. B. als Zeuge der Anklage sein, sondern gehören in den Mittelpunkt des Strafverfahrens. Viele Verletzungen sind materiell ein Leben lang nicht zu heilen, aber wenigstens sollte das gesetzlich bereits vorgesehene Adhäsionsverfahren, in dem Opfer ihre Schadenersatzansprüche bereits im Strafprozess geltend machen können, wenn der Richter zustimmt, gestärkt werden. Dies erfolgt durch Hinweise durch die Staatsanwälte und eine Regelung, nach der die Gerichte das Verfahren durchführen müssen.

Zur Eigenständigkeit der „Dritten Gewalt“ gehört auch Eigenständigkeit einer Selbstverwaltung durch die Richterschaft. Dies ist im Rahmen eines geordneten Verfahrens zu erreichen.

Die FDP Hamburg will für eine Freie Stadt Hamburg:

- Schnelles Recht ist gutes Recht - Begutachtung und Bewertung der vorhandenen Ausstattungen der verschiedenen Gerichtszweige.
- Selbstverwaltung aller Hamburger Gerichte mit einer Öffnungsklausel im Gerichtsverfassungsgesetz (Bundesratsinitiative).
- Begutachtung und Bewertung der Aufteilung der Amtsgerichte und fachlichen Zuständigkeiten, insbesondere des Familiengerichts und der Jugendgerichte.
- Anweisung an die Staatsanwaltschaft, das Adhäsionsverfahren als besonderen Opferschutz bei Opfern von Straftaten zu fördern.

7. Wirksame Bekämpfung von Kinder- und Jugendkriminalität

Ein gesellschaftlich erschreckendes Phänomen ist der deutliche Anstieg der Kinder- und Jugendgewaltkriminalität in den letzten Jahren. Gewaltdelikte, von der hemmungslosen Körperverletzung bis hin zur Tötung, sind traurige Zeichen, Der Senat hat mit der „Feuerbergstraße“ einen teuren, gescheiterten Versuch unternommen. Die FDP Hamburg fordert ein neues Konzept für die geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße (GUF), das den gesetzlichen Erfordernissen entspricht und sich als pädagogisch wirkungsvoll für die delinquenten Jugendlichen ausweist. Die Fortführung der geschlossenen Einrichtung macht nur Sinn, wenn sie als gemeinsamer Betrieb mit den angrenzenden norddeutschen Bundesländern geführt wird. Sollte die Auslastung der geschlossenen Unterbringung in Hamburg weiterhin die Erwartungen unterlaufen, muss die Verlegung der GUF außerhalb Hamburgs unternommen werden (siehe auch Sozialpolitik). Die FDP Hamburg will im Umgang mit strafunmündigen Kindern (unter 14 Jahren) gegensteuern und mit konsequent ausgerichteten erzieherischen Hilfen wie einer neu konzeptionierten geschlossenen Unterbringung eingreifen.

Die FDP Hamburg will daher für eine Freie Stadt Hamburg:

- Erzieherische Behandlung von strafunmündigen Kindern mit der Möglichkeit der verbindlichen Unterbringung auch in stadtfernen pädagogischen Zentren; es ist hier mit den norddeutschen Bundesländern eine enge Kooperation zum gemeinsamen Betrieb einer solchen Einrichtung anzustreben.
- Einführung eines wirkungsvolleren Sanktionssystems im Jugendstrafvollzug (14- bis 18-jährige, im Ausnahmefall bis 21-jährige). Hierzu zählen Sanktionsmaßnahmen wie Einführung einer Meldepflicht, Erlass eines Vorführbefehls, Intensiverziehung und Warnschussarrest, der dem jugendlichen Straftäter frühzeitig bewusst macht, dass er sein Verhalten ändern und den gesellschaftlichen Regeln anpassen muss.
- Bei volljährigen Straftätern eine konsequente Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts mit besonderen Resozialisierungsschwerpunkten.
- Mängel im Jugendstrafvollzug auf Hahnöfersand kann keine anderweitige geschlossene Unterbringung im Rahmen der Erziehungshilfe auffangen. Vielmehr muss der Strafvollzug um verstärkte Resozialisierungsmaßnahmen, insbesondere auch um Bildungsangebote ergänzt werden.

8. Sicherer und moderner Strafvollzug

Selbstverständlich müssen geschlossene Strafvollzugsanstalten sicher sein. Aber Strafgefangene gehören nicht nur weggeschlossen, sondern sollen mit einem modernen Behandlungsvollzug auf ein straffreies Leben in Freiheit vorbereitet werden. Eine Resozialisierung ist besser zu erreichen, wenn die Vollzugsbediensteten von Aufgaben entlastet werden, die auch von Privaten durchgeführt werden können. Gefängnisse müssen nicht vom Staat gebaut und komplett staatlich betrieben werden. Eine Resozialisierung kann nur gelingen, wenn der Delinquent auf einen verantwortungsvollen Umgang mit seiner wiedererlangten Freiheit vorbereitet wird. Qualifikation durch Bildung ist das Sprungbrett, später nicht in die alte Tretmühle der Kriminalität zurückzufallen.

Die FDP Hamburg will daher für eine Freie Stadt Hamburg:

- Hamburg soll in Abstimmung mit allen Bundesländern auf ein bundesweit einheitliches Strafvollzugsgesetz hinwirken.
- Für den Jugendstrafvollzug und den Erwachsenenvollzug müssen jeweils spezifische Regelungen geschaffen werden.
- Schulische Bildungs- und berufliche Weiterbildungsmaßnahmen und Möglichkeiten zum Fernstudium per Internet sind bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen.
- Privatisierung von Gefängnissen und (teilweise, bis auf den Vollzug) des Betriebs von Gefängnissen.
- Räumung der Haftanstalt Fuhlsbüttel und Verlagerung nach Billwerder („Santa Fu“ ist veraltet, Kapazitäten in Billwerder vorhanden)

9. Datenschutz

Das Bundesverfassungsgericht hat den Datenschutz zum Grundrecht aufgewertet. Die Privatsphäre jedes Einzelnen ist vor unverhältnismäßigen Eingriffen zu schützen. Deshalb steht Datenschutz unter dem Prinzip strikter Zweckbindung. Nur für den vom Gesetz vorgesehenen Zweck dürfen Daten erhoben, verarbeitet und genutzt werden. Die Notwendigkeit der bestehenden Datenübermittlungsverordnungen muss in regelmäßigen Abständen überprüft werden.

Die FDP Hamburg will daher für eine Freie Stadt Hamburg:

- Der Hamburgische Datenschutzbeauftragte wird der Hamburgischen Bürgerschaft und nicht einer Behörde zugeordnet, um seine Unabhängigkeit sicherzustellen.
- Das zentrale Hamburger Schülerregister ist als Controllinginstrument für die Budgetbemessung erforderlich. Es darf nicht für polizeiliche oder ausländerrechtliche Kontrollen missbraucht werden. Eine bundeseinheitliche zentrale Schülerdatei, wie sie von der Kultusministerkonferenz vorbereitet wird, wird abgelehnt.

10. Zivilschutz

Hamburg hat durch die Sturmfluten Erfahrung im Zivilschutz. Das Zusammenwirken der verschiedenen Katastrophenschutzorganisationen wie der Berufsfeuerwehr, der freiwilligen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk und weiterer Hilfsorganisationen muss weiterhin sichergestellt sein (siehe auch Digitalfunk bei der Polizei). Die Bewältigung von Großschadenslagen ist hinreichend und länderübergreifend mit Schleswig-Holstein und Niedersachsen zu üben.

11. Verfassungsschutz / Bundeswehr

Der Hamburger Verfassungsschutz muss sich von einem klassischen Nachrichtendienst zu einem Instrument moderner, wissenschaftlich fundierter Politikberatung weiterentwickeln. Ohne die Ländersouveränität Hamburgs aufzugeben, ruft dieses nach einer Zusammenarbeit aller fünf Küstenländer (HH, HB, NS, SH und MV).

Geheimdienstliche Eingriffsmöglichkeiten sind nur in gesetzlichen Ausnahmefällen und nach Richtervorbehalt mit zeitlicher Befristung einzusetzen. Eine Vermischung der Aufgaben von Verfassungsschutz und Polizei lehnt die FDP ab.

Die FDP Hamburg will daher für eine Freie Stadt Hamburg:

- Eine Übertragung von Polizeiaufgaben auf den Verfassungsschutz wird es mit der FDP nicht geben.
- Die Bundeswehr wird als Polizeiersatz bzw. Reserve innerhalb Deutschlands – mit Ausnahme waffenfreier Katastrophenhilfe – nicht eingesetzt.

X. Liberale Sozialpolitik - Mut zur sozialen Eigen- und Mitverantwortung

Freiheit bedeutet nicht gesellschaftliche Vereinzelung und Bindungslosigkeit. Für Liberale sind Gemeinschaften wertvoll, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Die Haltung zu Eigenverantwortung und Mitverantwortung ist entscheidend für die Soziale Struktur der Stadt. Eigeninitiative entsteht nur dort, wo das Leben nicht von Anfang an durch staatliche Transfers geprägt ist. Mitverantwortung gedeiht vor allem, wo der Zusammenhalt der Generationen noch besteht.

Liberale Sozial- und Gesellschaftspolitik will ein gesellschaftliches Klima der Eigenverantwortung und Mitverantwortung schaffen. Menschliches Einstehe n füreinander kann nie durch staatliche Leistungen ersetzt werden. Dort jedoch, wo Menschen sich - etwa aufgrund ihres Alters oder ihres Gesundheitszustandes - nicht selbst helfen können, muss nicht nur ihr soziales Umfeld, sondern auch die Solidargemeinschaft für sie einstehen und ihnen helfen.

Die soziale Struktur unserer Gesellschaft muss von bürgerschaftlichem Engagement getragen sein. Die sozialen Sicherungssysteme werden die Bedürfnisse einer sich weiter individualisierenden und älter werdenden Gesellschaft nicht decken können.

Hierzu müssen die Familien gestärkt werden. Entgegen allen Ankündigungen wurden Familien mit Kindern vom derzeitigen Senat zusätzliche finanzielle Lasten auferlegt. Die FDP will Familien von der Gebührenwut des Senats entlasten (z. B. bei der Vorschule).

Die FDP Hamburg setzt sich ein für ...

- ... eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. Immer mehr Arbeitgeber erkennen familienfreundliche Personalpolitik als wichtigen Maßnahmenbereich zur Bindung qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Kleinere und mittlere Unternehmen organisieren solche Programme erfolgreich im überbetrieblichen Verbänden. Diese sind zu fördern u. a. durch Prämierungen, Best-Practice-Initiativen oder auch Gütesiegel.
- ... den bedarfsgerechten Ausbau und die Flexibilisierung einer qualifizierten Kindertagesbetreuung sowie die Verbesserung der Bedingungen der Tagespflege durch Tagesmütter und -väter.

- ... die staatliche Anerkennung der bestehenden Langzeit-Qualifizierung für Tagesmütter und -väter.
- ... die Vereinfachung von gesetzlichen Vorgaben für Einrichtungen von Betriebskindergärten.

Kinderarmut und Kindervernachlässigung

Die FDP Hamburg nimmt es nicht hin, dass fast jedes vierte Kind unter 16 Jahren in Hamburg auf Sozialhilfeniveau lebt. Kinder brauchen eine gerechte Chance auf gesellschaftliche Teilhabe.

Es gibt steigende Zahlen von bekannt gewordenen Fällen erheblicher Kindesvernachlässigung und -misshandlung. Daneben sind die Kitas und Grundschulen vermehrt mit verhaltensauffälligen Kindern sowie Kindern mit erheblichen Sprachdefiziten konfrontiert. Die Erziehung und Förderung der Kinder ist in erster Linie Aufgabe der Eltern. Die Politik ist jedoch da gefordert, wo Eltern überfordert sind, Angebote von Elternschulen und Nachbarschaftsprojekten verstärkt zur Verfügung zu stellen.

Die FDP Hamburg unterscheidet materielle, soziale und Bildungsarmut. Hauptursache für materielle Kinderarmut (definiert als Leben auf Sozialhilfeniveau) ist die Arbeitslosigkeit der Eltern.

Zur Vermeidung von materieller Armut ...

- ... ist mittelfristig eine starke Verringerung der Zahl der auf Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld I angewiesenen Familien durch die Umsetzung liberaler Politik (Steuerreform, Bürgergeld) zu erreichen.
- ... sind kurzfristig soziale Einrichtungen und Initiativen in allen Bezirken (Frühstücken in Kitas, Hamburger Tafel usw.), die hungrigen Kindern gebührenfrei Mahlzeiten und Schularbeitenhilfe anbieten, zu unterstützen.

Zur Vermeidung von sozialer Armut, Kindesvernachlässigung und -misshandlung fordert die FDP Hamburg:

- die Einführung von verbindlichen Vorsorgeuntersuchungen U1 - U9;
- die Einführung einer zusätzlichen verbindlichen Vorsorgeuntersuchung zwischen dem 2. und dem 4. Lebensjahr;

- die Einrichtung von Frühwarnsystemen zur Erkennung von Kindesverwahrlosung, wie Hebammenprojekte, Vernetzung zwischen Gynäkologen, Krankenhäusern, Kitas und Jugendämtern;

Zur Verbesserung der Startchancen der Kinder im Bildungsbereich (siehe auch: Bildung) fordert die FDP Hamburg neben den oben genannten Vorsorgeuntersuchungen:

- die Einführung des kostenfreien letzten Kita- bzw. Vorschuljahres sowie die Erweiterung des institutionellen und privaten Tagesbetreuungsangebots, um der verstärkten Integration von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern zu dienen;
- die Einführung von verbindlichen Sprachstandserhebungen mit 3 Jahren. Für ein Kind mit Sprachdefiziten muss der Besuch der Fördermaßnahme verbindlich gemacht werden (Weiteres siehe Bildung und Integration).

Jugendpolitik

Die FDP Hamburg unterstützt und fördert die Jugendarbeit von Vereinen, Verbänden und Selbsthilfeorganisationen. Die FDP Hamburg spricht sich für eine Verstärkung der aufsuchenden Jugendarbeit aus.

Deshalb fordert die FDP Hamburg ...

- ... die Unterstützung von Einrichtungen, die z. B. Schulschwänzer in Einkaufszentren ansprechen und versuchen, diese durch ein niedrigschwelliges Angebot zu erreichen und des Projekts „Sozial macht Schule“, bei denen Jugendliche selbst Jugendarbeit betreiben, Einrichtungen ihre Milieukenntnisse zur Verfügung stellen und eine entsprechende Qualifizierung erhalten.
- ... die geschlossene Unterbringung für schwerstauffällige Jugendliche, die entweder fremd- oder selbstgefährdet sind. Sie benötigen für einen definierten Zeitraum eine geschlossene Unterbringung, die auf sie eine disziplinierende und Grenzen setzende Wirkung hat, und bei der sie vielleicht zum ersten Mal einen tragfähigen Kontakt zu einem Betreuer aufbauen. Voraussetzung hierfür ist ein professionelles Konzept, das intensive Beziehungsarbeit und eine hochwertige Anschlussbetreuung

vorsieht. Die inakzeptablen Kosten der Feuerbergstrasse sind durch eine gemeinsame Nutzung der Einrichtung mit den angrenzenden nördlichen Bundesländern zu mindern. Es ist nicht hinnehmbar, dass diese Einrichtung den Steuerzahler 1,6 Mio. Euro pro Jahr kostet und mit durchschnittlich 3 bis 4 Jugendlichen besetzt ist.

- ... die Entwicklung eines Konzepts der Hamburger Jugendhilfe für psychisch schwer auffällige Jugendliche. Ein engmaschiges Zusammenwirken von Kliniken, jugendhilfeträgern und Jugendamt ist hier unbedingt erforderlich

Selbsthilfe und Ehrenamt stärken

Die FDP setzt sich für die Stärkung und Unterstützung des bürgerlichen Engagements ein, indem sie fordert, ...

- ... dass Menschen, die zurzeit keine Beschäftigung haben, Angebote unterbreitet werden, wie sie sich im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeiten engagieren und gegebenenfalls auch weiterqualifizieren können.
- ... dass Menschen im Ruhestand zur ehrenamtlichen Tätigkeit ermuntert werden (siehe unter Senioren).
- ... dass die ehrenamtlich Tätigen ihre Aufwandskosten im angemessenen Rahmen steuerlich absetzen können.
- ... dass ehrenamtlich Tätige verstärkt gesellschaftliche Anerkennung finden.

Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderung sind ein Teil unserer Gesellschaft und werden von ihr unterstützt. Dabei geht es der FDP nicht um eine allumfassende Versorgung, sondern darum, Voraussetzungen zu größtmöglichen Selbstständigkeiten zu schaffen.

Die FDP Hamburg fordert

- die verstärkte Einsetzung und qualitative Verbesserung der Arbeitsassistenzen;
- die konsequentere Umsetzung des Persönlichen Budgets insbesondere für Kinder und Jugendliche;
- die Vermeidung von zu hoher Arbeitsverdichtung in den stationären Einrichtungen bei der Umsetzung der geplanten ambulanten Versorgung;
- die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung im öffentlichen Dienst;
- vermehrte Angebote für Kinder mit Behinderung in Regelschulen;
- einen Ausbau zu einer barrierefreien Stadt.

Drogenpolitik

In der Drogenpolitik gilt der Grundsatz: Alle Hilfe für Süchtige, alle Härte gegen Dealer. Ziel aller Hilfs- und Therapieangebote für Süchtige ist der Ausstieg und die Freiheit von Drogen. Die FDP Hamburg wird sich auch weiterhin für den Erhalt und die Neueinrichtung von dezentralen, szenenahen Hilfeeinrichtungen unter Einschluss von Gesundheitsräumen und die Fortführung des Modellprojektes einer heroingestützten Behandlung für Schwerstabhängige einsetzen, die anderen Behandlungen nicht zugänglich sind.

Die FDP Hamburg hat die Gründung des „Beratungs- und Gesundheitszentrum St. Georg“ im Jahre 2003 maßgeblich mit unterstützt. Dieses Projekt bietet besonders niedrigschwellige und gleichzeitig ausstiegsorientierte, vernetzte Angebote von ambulanten und stationären Hilfen. Das ist bundesweit einmalig und als zukunftsweisend zu bezeichnen. Hamburg kann auf eine Vielfalt von stationären Erstversorgungseinrichtungen sowie weiterführenden Kontakt- und Beratungsstellen verweisen. Darüber hinaus nimmt Hamburg an dem bundesdeutschen Modellprojekt der Substitutionstherapie mit Heroin für die Behandlung schwerstkranker Heroinabhängiger teil.

Die FDP Hamburg fordert ...

- ... die Ausdehnung der Hilfen für Drogenabhängige auf drogenabhängige schwangere Frauen. Die Einbindung dieser Klientel in die

Hilfsmaßnahmen würde eine Verminderung von Kindesvernachlässigung zur Folge haben.

- ... die Bereitstellung von integrierten Drogenkonsumräumen.
- ... die Fortführung der Heroinbehandlung, da das von der FDP Hamburg unterstützte Heroin-Projekt Högerdamm zu guten Ergebnissen geführt hat.
- ... den Ausbau der Arbeit im UKE zur stationären Behandlung von minderjährigen Cannabis-Abhängigen.

Obdach- und Wohnungslose

Im August 2005 haben die Fachstellen für Wohnungsnotfälle in den Bezirken ihre Arbeit aufgenommen. Ein wesentlicher Handlungsschwerpunkt sollte die Wohnungsversorgung sein. Bisher konnte weder die Vermittlung der beim staatlichen Träger „pflegen und wohnen“ öffentlich untergebrachten Personen in eine eigene Wohnung noch die Versorgung obdachloser, auf der Straße lebender Personen verbessert werden. Im Zeitraum Juli 2005 bis März 2006 wurden statt der geplanten 600 lediglich 99 Personen zusätzlich mit Wohnraum versorgt. Die Hamburger Umsetzung des Fachstellenkonzepts erweist sich als halbherziger und dadurch unzureichender Versuch, obdachlosen Menschen gezielt Hilfe anzubieten. Hier sind schnelle Nachbesserungen nötig. Die Sozialhilfeträger müssen marktgerechte Mieten anerkennen, damit mehr Wohnungssuchende eine eigene Wohnung erhalten.

Schwule, Lesben und Heterosexuelle

Zum liberalen Weltbild der FDP Hamburg gehört es, den unterschiedlichen Lebensentwürfen aller Bürger Freiraum zu schaffen. Kein Mensch darf wegen seiner sexuellen Orientierung bzw. Identität diskriminiert werden.

Die FDP Hamburg sieht den weiteren Einsatz für die Rechte von Schwulen und Lesben als Aufgabe liberaler Gesellschaftspolitik an.

XI. Senioren - Freiheit und Verantwortung kennen keine Altersgrenzen

Das Verständnis von Altern und Alter ist im Wandel begriffen. Seniorenpolitik wird aber in unserer Gesellschaft noch immer mit inneren Vorbehalten betrachtet. Seniorenpolitik muss der seit Jahren sich ändernden Lebensauffassung älterer Menschen Rechnung tragen, die ihre Unabhängigkeit und persönliche Selbstständigkeit gewahrt sehen wollen, die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft muss gewährleistet sein. Dabei bleibt die Unterstützung hilfebedürftiger älterer Menschen eine Aufgabe der Gesellschaft. Die vielfältigen Leistungen der älteren Generation für die Kinder und Enkel sind ein wesentlicher Faktor für den inneren Zusammenhalt einer Gesellschaft. Es kommt darauf an, dass zwischen den Generationen keine Konfrontationen aufgebaut werden. Die Herausforderung des demographischen Wandels stellt hohe Ansprüche an die Politik. Grundlegende strukturelle Veränderungen sind in allen Bereichen der Gesellschaft erforderlich: für die Wirtschaft wie für politische Institutionen, für das Wohnungswesen, für Bildung und Kultur.

Die FDP Hamburg fordert:

- Unterstützung älterer Menschen, dass sie solange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können, auch wenn sie Hilfe von außen benötigen. Deshalb setzt sich die FDP Hamburg für eine Verbesserung der ambulanten Pflege und eine bedarfsgerechte Modifizierung der Pflege- und Betreuungszeiten ein.
- Verwirklichung von Wohnformen, die Selbstständigkeit, gegenseitige Hilfe, nachbarschaftsbezogenes generationenübergreifendes Zusammenleben verbinden. Förderung von Mehrgenerationenhäusern in allen Stadtteilen.
- Die Stadtentwicklung-/ Wohnungspolitik in Hamburg muss den Erfordernissen der älteren Menschen gerecht werden. Dazu gehört auch die Planung von barrierefreien kleinen Wohnungen und Zugänge im öffentlichen Raum. Über 30 % der Hamburger sind über 60 Jahre alt; es werden immer mehr. Die Senioren sind auch Teil der wachsenden Stadt.

- Unterstützung von Weiterbildungsangeboten, z. B. Umgang mit dem Internet, Fremdsprachen, Kinder- und Altenpflege, Förderung des Seniorensports.
- Kultur- und Freizeitangebote für ältere Menschen sind entsprechend ihren Bedürfnissen und Interessen zu gestalten. Dabei spielt der Zeitfaktor eine wichtige Rolle.
- Im Rahmen der inneren Sicherheit sind die bürgernahen Beamten (Stadtteilpolizisten) für die Belange der älteren Bürger einzubeziehen (subjektives Sicherheitsgefühl).
- Die Stärkung der Arbeit und Mitspracherechte der Seniorenbeiräte insbesondere auf Bezirksebene.
- Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit auch für ältere Bürger.

Darüber hinaus pflegt die FDP den Dialog zwischen Jung und Alt, nur generationenübergreifendes Denken und Handeln kann Konflikte vermeiden. Wir sitzen alle in einem Boot.

XII. Gesundheitspolitik

Die medizinische Versorgung der Patienten in Hamburg durch Krankenhäuser und Praxen erfolgt sowohl in der Diagnostik als auch in der Therapie auf hohem Niveau in guter Qualität.

Um dieses weiter sicher zu stellen und zu verbessern, will die FDP die Rahmenbedingungen unter dem Gesichtspunkt der Stärkung von Wettbewerb und Freiheit, einer verstärkten Vernetzung aller im Gesundheitsbereich tätigen Branchen und dem Ausbau einer Hochleistungsmedizin für die überregionale Metropolregion Hamburg fortentwickeln.

Deshalb fordert die FDP Hamburg:

- Die Metropolregion Hamburg muss sich viel intensiver als bisher als Cluster (Zentrum) für „Life Science“ (Lebenswissenschaften) profilieren, in dem neue Technologien entwickelt und zur effektiven medizinischen Versorgung der Patienten eingesetzt werden.
- Die FDP Hamburg unterstützt den Zusammenschluss von einzelnen Krankenhäusern, wie dies in Eimsbüttel zurzeit geschieht, wenn dadurch rationeller gearbeitet werden kann und durch solche Einsparungen mehr Geld für die Versorgung der Patienten zur Verfügung steht. Dabei will die FDP jedoch die Trägervielfalt der Hamburger Krankenhäuser mit qualifizierten Belegkrankenhäusern erhalten. So wird zukünftig ein fairer Wettbewerb der Hamburger Krankenhäuser garantiert und eine Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau sichergestellt.
- Die FDP Hamburg setzt sich dabei für eine hochwertige qualitätsgesicherte medizinische Versorgung der gesamten Hamburger Bevölkerung in allen Teilen der Stadt ein, die alle notwendigen medizinischen Versorgungsformen für die Metropolregion Hamburg jeweils ortsnah umfasst.
- Bei der Verteilung der staatlichen Krankenhausinvestitionsmittel werden staatliche, frei gemeinnützige und private Träger gleich behandelt. Dabei gilt das Prinzip der medizinischen Notwendigkeit.
- Der Standort Hamburg muss als überregionales Kompetenzzentrum der innovativen Medizin gestärkt werden.

- Ein Lehrstuhl für Medizintechnik an der TU Harburg ist einzurichten.
- Die FDP Hamburg setzt sich für eine intensive Gesundheitserziehung in den Schulen und Kitas ein. Die Kinder sollten frühzeitig mit den sensiblen Funktionen ihres Körpers und mit medizinischen Grundkenntnissen vertraut gemacht werden. Dies ist die Grundlage für besseres Körperbewusstsein und gesunde Lebensführung. Dies ist ein wesentlicher Schritt im Kampf gegen Nikotin-, Alkohol- und Drogenmissbrauch. Intensive Gesundheitserziehung muss schon in Schulen und Kindergärten einsetzen.
- Die AIDS-Präventionsarbeit muss fortgeführt werden.
- Die FDP spricht sich ausdrücklich für gesetzliche Regelungen aus, das Rauchen aus allen öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln zu verbannen. Nichtraucher müssen dort die Möglichkeit haben, sich ungestört von Rauchern aufzuhalten. Für private Räume wie Gaststätten besteht diese Notwendigkeit jedoch nicht. Hier setzt die FDP auf die Kräfte des freien Marktes, die für genügend Nichtraucher-gastronomie sorgen werden.
- Die entsprechend der gesetzlich vorgeschriebenen Qualitätssicherung gesammelten und in das Internet gestellten Qualitätsbereiche der Hamburger Krankenhäuser sollten in der Weise fortentwickelt werden, dass Informationen über Behandlungsart und -erfolge in den verschiedenen Häusern in der Öffentlichkeit verständlich werden und eine Hilfestellung sowohl für die Bürger als auch einweisende Ärzte geben können für die Auswahl eines dem Krankheitsgeschehen am besten entsprechenden Krankenhauses. Dies ist bei im Wettbewerb konkurrierenden Krankenhäusern besonders notwendig.
- Die FDP Hamburg fordert eine bessere Zusammenarbeit zwischen ambulanter und stationärer Versorgung, zwischen Fachärzten und Krankenhäusern. Hierdurch würde der Informationsfluss zwischen den Institutionen und damit die Versorgung der Patienten optimiert werden. Zudem hätte die Vernetzung eine Kostenersparnis zur Folge, da u.a. die mehrfache Erbringung derselben Leistung vermieden wird.

- Hamburger Krankenhäuser leiden finanziell stark unter der schlechten Zahlungsmoral der Krankenkassen, die Zahlungen oft lange hinauszögern und Außenstände nicht begleichen. Die FDP Hamburg will, dass dieser Missstand beendet wird. Die zuständigen Behörden haben ihre Aufsichtspflicht wahrzunehmen.
- Das bisher aufgewendete Finanzvolumen muss aufgestockt werden, um das notwendige Beratungsangebot der hier lebenden Ausländer an Sozialberatung, Sprachkursen und Informationsveranstaltungen zu decken.

Die derzeitige Gesundheitsreform führt in eine Staatsmedizin mit Rationierung, vermehrter Bürokratie und eingeschränkter Selbstbestimmung des Bürgers. Eine zukunftsstabile Gesundheitsreform, die eine sichere Finanzierung der alternden Gesellschaft mit Entlastung des Arbeitsmarktes mit mehr Eigenverantwortung des Versicherten zur Gestaltung seines Versicherungsschutzes und mehr Transparenz und Wettbewerb beinhaltet, ist dringend anzustreben.

(Drogenpolitik: siehe Sozialpolitik.)

XIII. Europäische Metropolregion in einem Nordstaat

Was für Hamburg einst die Hanse war, ist heute die Europäische Union: ein Raum des Friedens, der Freiheit und des Rechts. Als eine der wichtigsten Handels- und Wirtschaftsmetropolen Europas profitiert Hamburg überproportional von den Kontakten, welche Hamburg auf der Basis gesicherter Grundverhältnisse mit seinen Partnern in aller Welt verbindet.

Hamburg als Metropolregion lässt sich nicht denken ohne sein blühendes Umland. Hamburg und das Umland können die Aufgaben, welche zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen erforderlich sind, in zunehmendem Maße nur gemeinsam erfüllen. Die historische Abgrenzung Hamburgs als Stadtstaat gegenüber den angrenzenden Flächenländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern erweist sich trotz aller Kooperationsbemühungen immer wieder als störend. Dies gilt für die freie Schulwahl an der Landesgrenze genauso wie für behördliche Genehmigungsverfahren oder für die demokratische Beteiligung von Berufspendlern an dem Ort, dem sie durch ihre Arbeit besonders verbunden sind. Deswegen wird die FDP Hamburg auch in Zukunft an dem Ziel eines gemeinsamen Nordstaates festhalten und Entwicklungschancen auf dieses Ziel im Sinne der Bürger beider Seiten der Stadtgrenze konsequent nutzen.

Das will die FDP Hamburg:

- Der Nordstaat soll kommen. Hierfür muss zusammen mit den Nachbarländern ein verbindlicher Zeitplan ausgehandelt werden, der die weiteren Schritte hin zu einer Vereinigung noch vor dem Jahr 2020 festlegt.
- Wichtige Zukunftsprojekte, wie z. B. umfassende Schul- oder Verwaltungsreformen, sollen schon heute zwischen den Bundesländern koordiniert werden, um zueinander kompatible Lösungen zu finden.
- Bestehende Wettbewerbsverzerrungen zwischen Hamburg und dem Umland durch den überhöhten Gewerbesteuersatz in Hamburg sollen durch Absenkung des Hamburger Gewerbesteuersatzes verringert werden.

- Hamburg soll sich auf Bundes- und Europaebene eine starke Stimme verschaffen. Hierfür müssen die Interessen Hamburgs definiert und koordiniert nach außen vertreten werden.
- Die Ostseekooperation muss endlich mit Leben gefüllt werden, z. B. durch entsprechende Angebote für Jugendaustausch, durch ein koordiniertes Vorgehen im Rat der Regionen oder durch die Entwicklung gemeinsamer Ziele, z. B. für die Entwicklung des Tourismus rund um die Ostsee.
- Hamburg muss sich auf allen Ebenen stark für einen Ausbau der Infrastruktur machen, welche der Rolle Hamburgs in Norddeutschland gerecht wird. Hierzu gehört eine rasche Lösung des immer noch bestehenden Anbindungsproblems des Hamburger Flughafens und die Realisierung der Hafenuferspange.
- Hamburg muss sich für mehr Dienstleistungsfreiheit auf europäischer Ebene einsetzen.
- Hamburg muss sich entweder im Rahmen der EU oder in Koordination mit den wichtigsten Hafenstädten Europas für eine Transparenzregelung stark machen, die nicht, wie das alte Port Package, dirigistische Ausschreibungen vorsieht. Der verschwenderische Subventionswettbewerb zwischen den Hafenstädten muss beendet werden.

Hamburg als „Tor zur Welt“ ist mit seinen über einhundert Konsulaten Europas größter und weltweit der drittgrößte Konsularstandort. Die vielfältigen internationalen Verbindungen spielen aus Sicht der FDP Hamburg eine entscheidende Rolle, wenn die Hansestadt ihre Entwicklungschancen im globalen Wettbewerb der Metropolen konsequent nutzen will. Wichtiger Motor der internationalen Beziehungen sind die Partnerstädte.

Das will die FDP Hamburg:

- Eine Vertiefung der internationalen Beziehungen, insbesondere hinsichtlich der bestehenden Städtepartnerschaften, vor allem auf wirtschaftlichem, kulturellem und dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit.

- Weitere Städtepartnerschaften dürfen auch zukünftig nicht inflationär eingegangen werden und müssen auf langjährigen vitalen Beziehungen fußen.
- Hamburg muss sich international noch mehr als Metropolregion positionieren und verstärkt bei internationalen Auftritten auch das Umland mit einbeziehen.
- Das Protokoll sollte in das Staatsamt der Senatskanzlei reintegriert werden, um auf Senatsebene eine enge Verknüpfung zwischen protokollarischen Angelegenheiten, internationaler Zusammenarbeit und Europapolitik zu gewährleisten.

XIV. Stadtentwicklung - Bauen und Wohnen in der Freien Stadt

Hamburg ist eine attraktive Metropole. Hamburg ist eine schöne und lebenswerte Stadt. Eine nicht nur auf Jahre, sondern auf Jahrzehnte angelegte Gesamtkonzeption muss verlässlich günstige Rahmenbedingungen für weitere Entwicklungschancen bereitstellen. Ressourcen, wie die innerstädtischen Grünflächen und die städtischen und stadtnahen Wasserflächen, müssen erhalten bleiben.

Die freie Stadt erfordert eine Durchmischung der Stadtfunktionen. Wohnen, Freizeit, Gewerbe und Verkehr müssen sich in den Quartieren sinnvoll ergänzen. Eine Stadterneuerung und -Verdichtung, die schrittweise erfolgt, ist besser als eine auf ständiges Wachstum ausgerichtete Stadt.

Eigenheim für viele Bürger

Die FDP fördert den Bau von Einzelhäusern auf kleinen Grundstücken. Wir wollen behutsame Flächenverdichtung, und wir wollen, dass der Charakter und die Lebensqualität der Quartiere erhalten bleiben.

Für die nach Hamburg ziehenden zusätzlichen Menschen müssen ausreichend gut angebundener Wohnraum und mehr zentrale Grünflächen zur Verfügung stehen. Qualitativ hochwertige Schulen und eine gelungene Standortpolitik zur Ansiedlung neuer und zur Unterstützung des Wachstums bestehender Unternehmen sind sowieso unverzichtbare Voraussetzungen, wenn Hamburg auch weiterhin mehr Zu- als Abwanderung verzeichnen will. Dies alles bedeutet, dass die Stadt sich anders als in den vergangenen Jahren nicht allein auf die Hafencity konzentrieren darf, sondern den lebendigen Stadtteilen und ihrer Entwicklung mehr Aufmerksamkeit zukommen lassen muss. Der seit Jahrzehnten schwelende Konflikt zwischen Hafen- und Stadtentwicklung muss aufgelöst und – sollte dies im Rahmen der geforderten Gesamtkonzeption nicht möglich sein – im Sinne langfristiger Verlässlichkeit entschieden werden. Im Rahmen der Gesamtkonzeption muss das Achsenkonzept mit Neuem, wie z. B. mit dem Deckel über der A7 in Bahrenfeld kombiniert werden, um Hamburg langfristig sowohl als Wohn- als auch als Arbeitsstätte attraktiv zu gestalten. Wichtig für die städtebauliche Entwicklung ist vor allem die Mobilisierung privaten Kapitals.

Die FDP Hamburg wird sich daher dafür einsetzen, dass ...

- ... ein stadtplanerisches Gesamtmodell für ganz Hamburg entwickelt wird, auch um die Konzentration sozialer Probleme in bestimmten Stadtteile zu verhindern.
- ... ein neuer Flächennutzungsplan entwickelt wird, um eine Grundlage für die Entwicklung der Stadt zu schaffen (z. B. auch, um die Konzentration sozialer Probleme in bestimmten Stadtteilen zu verhindern). Dieser soll zukünftig Grundlage für die Anpassung der einzelnen Fachplanungen sein und nicht mehr umgekehrt.
- ... die Identität des Stadtbildes gewahrt bleibt und die eigenständige bezirkliche Stadtentwicklung betont wird.
- ... eine stärkere Mischung von Wohnen, Kultur und Arbeit erfolgt.
- ... die Nutzungsausweisung gelockert wird.
- ... die Umwandlung von Gewerbe- in Wohnraum und umgekehrt erleichtert wird.
- ... neue Wohnmodelle entwickelt werden, die die Abwanderung Hamburger Bürger in das Umland verhindern können. Dies sollte unter spezieller Einbindung der Konversionsflächen geschehen.

Von entscheidender Bedeutung für das zukünftige Stadtbild sind einzelne Projekte wie ...

- ... eine durchmischte Bebauung der Hafencity. Eine Monokultur sollte verhindert werden. Eine günstige Vergabe vornehmlich an Eigennutzer sollte ermöglicht werden.
- ... die Anbindung der Hafencity an die Innenstadt durch Überwindung der Trennwirkung der Ludwig-Erhard- und Willy-Brandt-Straße.
- ... dass der Domplatz nicht bebaut, sondern unter Einbeziehung der archäologischen Teile als öffentliche Grünfläche für die Bürger umgestaltet wird.

- ... der Deckel über der A7 in Bahrenfeld.
- ... die Entwicklung der Fläche des ehemaligen Güterbahnhofs Altona zu einem neuen Stadtteil; dieser verbindet Altona-Nord mit Ottensen und Bahrenfeld.
- ... die Entwicklung der Elbinsel Wilhelmsburg.
- ... der Sprung über die Süderelbe in den Harburger Binnenhafen mit dem „channel hamburg“ als südliche Hafencity, in der ein Gleichklang von Arbeit, Wohnen und Freizeit gewährleistet werden muss. Das Wachstum des dortigen Kompetenzzentrums für Airbus darf nicht mehr durch gegenläufige Planungen der HPA behindert werden.

Für die Freie Stadt ist darüber hinaus die Eigenverantwortung der Bürger unverzichtbar. Auch im Bausektor sind daher Leistungsanreize durch Bürokratieabbau zu schaffen, zum Beispiel durch ...

- ... die Überführung einer so genannten „sozialen“ in eine freie, wettbewerbsorientierte Wohnungsbaupolitik.
- ... die Umwandlung von Büro- in Wohnflächen nach dem Durchmischungsprinzip.
- ... einen Wohnanteil von 20 % bei Neubauten im innerstädtischen Bereich.
- ... die Auslagerung und Zusammenlegung von Büroflächen der öffentlichen Verwaltung.
- ... die Abschaffung der Zweitwohnungssteuer.
- ... Streichung der Zweckentfremdungsverordnung. Der Wohnungsmarkt ist ausgeglichen, und die örtliche Struktur kann durch baurechtliche Vorschriften gestaltet oder erhalten werden.

Die Gründung der städtischen Wohnungsgesellschaften SAGA und GWG erfolgte historisch vor dem Hintergrund der Mangelsituation in der Wohnraumversorgung nach dem 2. Weltkrieg. Diese Situation ist heute

weitgehend überwunden. Die FDP Hamburg spricht sich daher für eine Privatisierung des Wohnungsbestandes von SAGA und GWG aus. Dabei hat aus liberaler Sicht der Verkauf an Mieter Vorrang. Daneben befürwortet die FDP Hamburg einen Verkauf von Wohnanlagen an Wohnungsbaugenossenschaften, welche bereits heute auf privatwirtschaftlicher Basis maßgeblich für qualitativ hochwertigen und preisgünstigeren Wohnraum in Hamburg sorgen. Darüber hinaus kommt für die FDP Hamburg aber auch ein Verkauf zu bestmöglichen Preisen an private Wohnungsbaugesellschaften und Investoren in Betracht, um damit einen Beitrag zu Haushaltskonsolidierung zu leisten. Die gegen eine Privatisierung der städtischen Wohnungsbestände vorgetragenen Argumente sind weitgehend unbegründet, weil das soziale Mietrecht den betroffenen Mietern weit reichenden Schutz gegen Kündigungen, Mieterhöhungen oder eine ungenügende Instandsetzung der Wohnanlage gewährt. Der Verkauf der Gewerbeimmobilien und Tochtergesellschaften von SAGA und GWG ist umgehend in Angriff zu nehmen, insbesondere dann, wenn diese Tätigkeiten ausüben, die auch von mittelständischen Handwerksbetrieben oder Dienstleistungsunternehmen wahrgenommen werden können.

XV. Die Hamburger Bezirke - Für eine bürgerfreundliche Verwaltung

Hamburg ist und bleibt eine Einheitsgemeinde. Die FDP Hamburg setzt sich aber in diesem Rahmen für mehr Selbstständigkeit der Bezirke ein. Eine Bezirksverwaltungsreform, die dies beinhaltet, steht in Hamburg leider weiterhin aus. Der gegenwärtige Senat hat den Bezirken nur halbherzig mehr Eigenständigkeit beschert. Da für die anderen Hamburger Parteien eine solche Reform offensichtlich kein Thema ist, steht einzig und allein die FDP für eine echte Reform der Bezirksverwaltung und – ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips – für eine spürbare Stärkung der kommunalen Kompetenzen.

Eine solche Reform muss Folgendes beinhalten:

- Die von der CDU wieder eingeführte Fünf-Prozent-Klausel bei Bezirksversammlungswahlen soll abgeschafft werden.
- Einen 5-Jahres-Rhythmus für die Bezirksversammlungswahlen zusammen mit der Europawahl; für beide gilt praktisch das gleiche Wahlrecht.
- Die gesetzliche Einführung der Zwei-Personen-Fraktionsstärke für die Bezirksfraktionen.
- Die Direktwahl der Bezirksamtsleiter, die dann den Titel „Bezirksbürgermeister“ führen sollen.
- Die Aufnahme der Bezirkskompetenzen in die Hamburger Verfassung.
- Eine Einschränkung des Evokationsrechtes des Senates auf wenige Ausnahmen und ein einklagbares Widerspruchsrecht der Bezirke.
- Stärkung der finanziellen Eigenständigkeit der Bezirke durch Globalzuweisungen.
- Ein gestärktes Mitspracherecht der Bezirksversammlungen bei Personalentscheidungen.

- Die finanziellen Anreize für die Bezirke, sich für mehr Einwohner und Wertschöpfung einzusetzen, müssen deutlich auf € 10 Mio./Jahr für die nächste Legislaturperiode im Rahmen eines „Anreiztopfes“ erhöht werden. Das bisherige Anreizsystem, das sich im Wesentlichen auf Baugenehmigungen bezieht und nur € 1 Mio./Jahr umfasst, muss ausgebaut werden.

Für eine bürgerfreundliche Verwaltung

Die Behörden sind für die Bürger, die Steuerzahler da, nicht umgekehrt.

Die FDP Hamburg fordert ein übergreifendes Projekt „Fitness für Hamburgs Behörden“. Das Projekt sollte mit zwei klaren Zielen ausgestattet werden: deutliche Kosteneinsparungen und spürbare Leistungssteigerungen des Bürgerservices. Übergeordnetes Ziel muss sein, dass die staatlichen Organisationen mit einer schlanken Kostenstruktur, optimierten Prozessen und klaren Verantwortungen einen optimalen Dienst am Bürger leisten. Im Rahmen dieses „Fitnessprogramms“ sollen unter anderem folgende Maßnahmen einbezogen sein.

- Die Behörden müssen einheitliche Sprechzeiten haben. Diese sollten auch auf Berufstätige ausgerichtet sein. Im Regelfall sollten Bürger die zuständige Behörde montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr erreichen können.
- Die Behörden konzentrieren sich zukünftig auf ihre fachliche Verantwortung und auf den Dienst am Kunden. Interne Serviceleistungen bzw. Verwaltungsaufgaben wie Beschaffung, Personalmanagement, Rechnungswesen, Reisemanagement u.a. sollen weitgehend zentralisiert und – falls möglich – kostenoptimal an Privatunternehmen ausgelagert werden.
- Die Automatisierung der Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung muss noch schneller flächendeckend durch den weitestmöglichen Einsatz des Internets, z.B. bei der Kfz-Anmeldung, (Stichwort: E-Government) umgesetzt werden. Die Notwendigkeit eines zeitraubenden persönlichen Besuches beim Ordnungsamt oder anderen Ämtern sollte sich in Zukunft auf ein Minimum beschränken. Entsprechend könnten auch die Kapazitäten in den Ämtern optimiert werden.

- Die Kriterien „Serviceoptimierung“ und „Motivation zur Dienstleistung am Kunden“ müssen mit einem deutlichen Gewicht in die Personalentwicklung und -auswahl der Bewerber einfließen.
- Die FDP Hamburg fordert, dass Beamte und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst stärker leistungsbezogen vergütet werden. Die leistungsbezogenen Komponenten sollen sich sowohl an qualitativen Zielen (z.B. Projektziele, Mitarbeiterführung, Vorgesetztenbeurteilung, Kundenzufriedenheit) als auch an quantitativen Zielen (z.B. Reklamationsquote, bearbeitete Vorgänge, Kosteneinsparungen) orientieren.
- Das Personalvertretungsgesetz ist den Regeln der Mitbestimmung in der freien Wirtschaft (Betriebsverfassungsgesetz) anzupassen.

XVI. Mit weniger Bürokratie für die Freiheit der Bürger

Ca. 45 Mrd. Euro jährlich werden allein der Wirtschaft in der Bundesrepublik an Bürokratiekosten auferlegt. Daraus ergibt sich, dass die Hamburger Wirtschaft ca. 1 Mrd. Euro jährlich im Auftrag des Staates aufwendet. Entsprechende Untersuchungen für die Lasten der Privathaushalte gibt es nicht. Allerdings sind nach allen Lebenserfahrungen die Bürokratielasten auch hier erheblich.

Die FDP Hamburg macht Ernst mit einem deutlichen Abbau der bürokratischen Lasten - auch in Hamburg. Zwei Wege werden dafür beschritten. Die Abläufe und die Aufbauorganisation der Behörden sind den heutigen Erkenntnissen und Organisationsmethoden anzupassen. Die Aufgaben des Staates und ihr Umfang sind gezielt zu überprüfen und zu reduzieren.

Der Staat soll die Aufgaben übernehmen, die ihm laut Grundgesetz übertragen werden. Der Staat als Dienstleister - dazu oft in einem selbstgeschaffenen Monopol - ist in Frage zu stellen. Der Bürger soll wieder die Möglichkeit bekommen, möglichst weitgehend in Eigenverantwortung zu agieren. Grundlage für die Entscheidung, wo eine Aufgabe angesiedelt wird, ist das Subsidiaritätsprinzip. Individuelle Freiheit und Verantwortung sind staatlichem Handeln gegenüber vorrangig. Die FDP setzt sich für eine konsequente Entstaatlichung ein. Bei einer Güterabwägung ist die individuelle Verantwortung prioritär. Dieser Grundsatz gilt in der Bildungs- und Familienpolitik ebenso wie in der Wirtschafts- oder Verkehrspolitik.

Der in den letzten Jahrzehnten insbesondere von Sozialdemokratie und Christdemokraten entwickelte generelle Anspruch an die Staatsleistung hat den Bürger in eine immer stärkere Abhängigkeit und Anspruchshaltung geführt. Vielfach werden vom Staat, den Parlamenten ebenso wie den Behörden, Einzelfälle generalisiert und als Begründung für weitere Verordnungen und Gesetze genommen. Das Hamburger Hundegesetz sei als ein Beispiel genannt. Ein Teufelskreis, der nur mit konsequentem Handeln – in der Organisationsprache: Down-Sizing – durchbrochen werden kann.

Weitere Mängel entstehen, wenn an eine Organisation (z. B. das staatliche Schulwesen), die anerkanntermaßen mangelhaft und teuer ist, immer weiter neue Anforderungen gestellt werden. Hamburg hat die höchsten Ausgaben pro Schüler von allen Bundesländern. Die Ergebnisse in den einschlägigen Vergleichen zeigen Hamburg regelmäßig im unteren Drittel.

Die entsprechenden Behörden und Schulen müssen zunächst reformfähig gemacht werden, bevor neue Anforderungen mit Erfolg umgesetzt werden können.

Die FDP Hamburg wird alle zukünftigen Veränderungen auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüfen. Zusätzliche Mittel für nicht effiziente Organisationen wird es mit der FDP Hamburg nicht geben. Ziel jeder Veränderung wird auch die Verbesserung der Mittel/Leistungsrelation sein.

Außerdem sind die erheblichen, unentgeltlichen Leistungen, die von Unternehmen und Gewerbetreibenden für den Stadtstaat Hamburg aufgrund von Gesetzen oder Verordnungen erbracht werden, auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Ziel ist der Abbau dieser Leistungen. Für verbleibende Leistungen wird ein Kostenerstattungsverfahren eingeführt.

Große Bürokratien erzeugen mehr bürokratische Lasten bei den Bürgern als kleinere Bürokratien. Die FDP Hamburg hat sich daher das generelle Ziel gesetzt, die Behörden und Ämter gezielt und geplant zu verkleinern. Der FDP Hamburg ist klar, dass dieses Ziel nicht nur durch den Abbau von Staatsaufgaben (Entstaatlichung) erreicht werden kann. Die Abläufe der Behördentätigkeit müssen ebenso wie die Aufbauorganisation „lean“ werden. Einsatz von moderner IT-Unterstützung und Kommunikation gehört dazu ebenso wie Vorgangsorientierung der Abläufe und die entsprechenden Verantwortungsstrukturen (Fallmanager).

Im Einzelnen wird die FDP umsetzen:

- Geplanter Abbau des Personals von Behörden und öffentlichen Betrieben. Über die nächsten fünf Jahre soll der Mitarbeiterstamm der Freien und Hansestadt Hamburg um zehn Prozent reduziert werden. Priorität haben dabei die Arbeitsplätze, die nicht bürgerorientiert sind. Dieses Ziel ist nach Bereinigung von Outsourcing-Projekten formuliert.
- Keine neuen Belastungen von Bürgern und Betrieben. Es wird auch in Hamburg ernst gemacht mit der Vorgabe, dass zu jedem Gesetz und jeder Verordnung eine Kostenfolgeabschätzung vorgelegt werden muss, die eine Kontrolle der Lasten ermöglicht.
- Prozessorientierte Organisation bei allen Vorgängen, die eine Genehmigung oder Erlaubnis für Bürger und Betriebe als Ziel haben, einschließlich festgelegter Fristen und Genehmigungsfiktion bei Fristablauf.

- Neue Gesetze und Verordnungen sollen grundsätzlich befristet werden. Sunset-Clause (generelles Verfallsdatum) für bestehende Gesetze und Verordnungen.
- Erstattung an die Betriebe für bisher unentgeltlich erbrachte Leistungen an Staat und Verwaltung (statistische Daten, Meldepflichten etc.).

XVII. Haushalt und Finanzen - Der liberale Weg aus der Schuldenfalle

Die Einführung der kaufmännischen Buchführung in der öffentlichen Verwaltung unserer Stadt wurde von der FDP-Bürgerschaftsfraktion im Dezember 2002 initiiert. Im Herbst 2006 stellte der Senat seine Eröffnungsbilanz vor. Sie weist ein Eigenkapital von 4 Mrd. Euro (Eigenkapitalquote 8 %) aus. Bei gleich bleibender Finanzpolitik wird dieses Vermögen innerhalb der nächsten Legislaturperiode verzehrt und die Stadt spätestens ab 2013 überschuldet sein. Privatunternehmen müssen in vergleichbarer Lage Insolvenz anmelden. Das abzuwenden, ist vorrangiges Ziel liberaler Haushaltspolitik der nächsten vier Jahre.

Die jetzt neben der kameralistischen Buchführung entstehenden kosten- und erfolgsorientierten Rechenschaftsberichte des Senats sind ein großer Schritt hin zu mehr Transparenz hinsichtlich der Ertrags- und Vermögenslage der Stadt. Jedoch handelt es sich um eine reine ex-post-Betrachtung. Die FDP Hamburg will mittelfristig auch bei der Haushaltsplanung von der kameralistischen Betrachtung Abschied nehmen und ein neues aufgabenbezogenes und an Kosten und Leistungen orientiertes Haushaltswesen einführen.

Obwohl sich Bund, Länder und Gemeinden vorgenommen haben, die jährlichen Ausgabensteigerungen (Bereinigte Gesamtausgaben) auf 1 % zu begrenzen, wachsen Hamburgs Ausgaben in den nächsten Jahren mit der doppelten Rate. Die im Vergleich zur mittelfristigen Finanzplanung im Augenblick komfortablere Haushaltslage beruht ausschließlich auf höheren Steuereinnahmen, niedrigen Zinsen und einer geringeren Zahlungsverpflichtung in den Länderfinanzausgleich als ursprünglich geplant. Sie sind nicht das Ergebnis sparsamer Haushaltsführung. Die Sparsbemühungen des CDU-Senats entpuppen sich weitgehend als Lippenbekenntnisse.

In der kommenden Legislaturperiode wollen wir einen nachhaltig ausgeglichenen Betriebshaushalt erreichen und die Neuverschuldung so weit absenken, dass damit die Grundlage geschaffen wird, ab 2013 mit dem Abbau des Schuldenbergs zu beginnen. Wir werden ein qualifiziertes Neuverschuldungsverbot in die Hamburger Verfassung einführen. Nur auf der Basis geordneter Finanzen kann sich Hamburg frei entfalten und seinen vielfältigen Aufgaben in der Bildungs-, Sozial- und Kulturpolitik dauerhaft und verlässlich nachkommen.

Erreichen wollen wir das durch

- effizienten Aufgabenvollzug;
- konsequente Aufgabenkritik;
- Privatisierung und Private-Public-Partnership;
- Subventionsabbau;
- die Abschaffung des Länderfinanzausgleichs und der Kommunalbesteuerung ohne Steuererhöhungen.

Neue Aufgaben – auch aus diesem Wahlprogramm – müssen durch Umschichtung im Haushalt finanziert werden. Überplanmäßige Steuereinnahmen dienen vor allem der Absenkung der Neuverschuldung, später dem vorzeitigen Schuldenabbau.

Effizienter Aufgabenvollzug

Mit der FDP Hamburg wird die öffentliche Verwaltung kosteneffizient, bürgerorientiert und leistungsorientiert. Ein kleiner Staatsapparat bedeutet nicht einen schwachen Staat. Der Grundsatz der Subsidiarität soll wieder Maxime für staatliche Aufgabenübernahme sein. Aufgaben, die der Bürger selbst übernehmen kann, soll er übernehmen. Nur wenn ein hoheitliches Handeln erforderlich ist, durch staatliches Handeln ein erheblicher, nachweisbarer wirtschaftlicher Vorteil entsteht oder aus Gründen der gesellschaftlichen Gerechtigkeit der Staat gefordert ist, soll eine Aufgabe vom Staat übernommen werden.

Das wollen wir erreichen durch folgende Maßnahmen:

- Die FDP wird für die Einführung eines wirksamen Benchmarking sorgen. Entgegen den vollmundigen Ankündigungen des Finanzsenators ist bislang noch nicht einmal die dafür erforderliche Datenbasis in den Behörden erarbeitet worden, wie der Rechnungshof in seinem letzten Jahresbericht 2006 feststellt. Dabei lassen sich durch den Vergleich analoger Verwaltungsvorgänge verhältnismäßig einfach Sparpotentiale ermitteln. Insbesondere in den Bezirken gibt es Aufwandsunterschiede für gleiche Vorgänge von über 100 Prozent.
- Es wird immer wieder festgestellt, dass sowohl bei neuen Projekten als auch bei seit Jahren eingefahrenen Prozessen eine effektive Wirt-

schaftlichkeitsberechnung nicht erfolgt, weder ex ante noch ex post. Die FDP wird in den Parlamenten dafür Sorge tragen, dass ein professionelles Controllingssystem sowie Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durch externe Experten als wesentlicher Beitrag für effizientes Verwaltungshandeln konsequent angewandt werden.

- Wir wollen die Stellung des Rechnungshofs dadurch stärken, dass er nicht wie bisher dem Senat, sondern künftig dem Parlament verantwortlich ist. Mit verantwortungsbewussten Abgeordneten sollte hier leicht eine parteiübergreifende Mehrheit für eine Verfassungsänderung gefunden werden. Außerdem muss der Rechnungshof so ausgestattet werden, dass er als oberster Controller seine Aufgaben noch besser wahrnehmen kann. Die FDP wird eine Bundesratsinitiative zur Einführung des Straftatbestandes der Amtsuntreue anstoßen, damit eine Missachtung des Sparsamkeitsgebotes effektiver verfolgt werden kann.
- Verbesserung der Personalausstattung des Finanzgerichtes Hamburg, Aufstockung der Spruchkörper um mindestens drei Senate. Eine bürgernahe Finanzverwaltung ist nur dann gewährleistet, wenn auch die gerichtliche Rechtskontrolle gegen finanzamtliche Entscheidungen innerhalb überschaubarer Zeit zu erlangen ist. Derzeit sind Verfahrensdauern von drei bis sechs Jahren keine Seltenheit. Der Überlastung der Spruchkörper muss durch eine dauerhafte Aufstockung des Personalbestands entgegen gewirkt werden.
- Der CDU-Senat hat Schritte in Richtung von mehr Selbstständigkeit von Teilen des Behördenapparates unternommen, so z. B. bei der Einrichtung der Hamburger Port Authority, bei den Schulen und anderen Einrichtungen. Diese Schritte bleiben letztendlich wirkungslos, wenn gleichzeitig der Behördenüberbau erhalten bleibt und die Führung der teilverselbstständigten Bereiche von den gleichen Personen wie in der Vergangenheit abhängig ist. Die FDP Hamburg fordert eine Ausdünnung und Abflachung des Behördenüberbaus.

Aufgabenkritik

Um die Verschuldung der öffentlichen Hand in den Griff zu bekommen, ist es mit der Rückkehr der Politik zu den Grundsätzen einer wirt-

schaftlichen und sparsamen Haushaltsführung nicht getan. Vielmehr müssen alle staatlichen Leistungen auf den Prüfstand gestellt werden. Umfassende Aufgabenkritik bedeutet daher, dass der Staat auf seine Kernfunktionen zurückgeführt werden muss. Dieser Prozess darf keine in der Vergangenheit aus politischen Gründen geschaffenen Tabubereiche ausklammern. Es gilt somit, Besitzstände infrage zu stellen.

Privatisierung und Public-Private-Partnership

(Siehe hierzu auch: Wirtschaft und Arbeit)

Wir betreiben Privatisierung nicht nach Kassenlage, sondern unter klaren ordnungspolitischen Vorgaben. Danach eignen sich zur Privatisierung öffentliche Unternehmen, Landesbetriebe und Verwaltungseinheiten,

- die Aufgaben erfüllen, die genauso gut oder besser von privaten Unternehmen ausgeführt werden können, oder
- die im Wettbewerb zu Privatunternehmen stehen oder
- die durch Finanzschwäche und/oder Missmanagement zum Sanierungsfall zu werden drohen.

Die Entlassung öffentlicher Unternehmen in die Privatwirtschaft bietet große Chancen für die Zukunftsperspektive des Unternehmens und seiner Mitarbeiter durch Standortsicherung und Ausbau der Beschäftigung und für die Kunden durch Steigerung der Angebotsvielfalt und Preissenkungen, Das beweist die von der FDP im Bund nachhaltig geförderte Privatisierung z. B. der Lufthansa, der Telekom und der Post.

Zu achten ist jedoch darauf, dass keine privaten Monopole oder Gebietsmonopole entstehen, sondern der Wettbewerb gestärkt wird. Der Energiemarkt steht hier für ein abschreckendes Beispiel. Deshalb setzt die FDP sich dafür ein, dass die Infrastruktur in staatlicher Hand bleibt. Das schließt nicht aus, einzelne Projekte - z. B. die Hafenuferspanne - in privater Partnerschaft zu entwickeln.

Außerdem ist bei Privatisierungen darauf zu achten, dass die standortpolitischen Interessen der Stadt gewährleistet bleiben (Negativbeispiel: HEW).

Die FDP wird eine entschlossene Privatisierungspolitik in der Stadt Hamburg betreiben. Insbesondere sollen die folgenden Einrichtungen teilweise oder vollständig privatisiert werden:

- Hamburger Hafen und Logistik AG
- Hamburger Hochbahn AG / PVG / VHH
- Hamburg Messe und Congress GmbH SAGA + GWG
- Sprinkenhof AG
- Stadtreinigung Hamburg AÖR, Müllverbrennungsanlagen
- Fahrzeugwerkstätten Falkenried (FFG)
- Friedrich Jasper Rund- und Gesellschaftsfahrten
- RRH Reisering Hamburg
- Klinik-Gastronomie Eppendorf
- Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung

Zusätzlich wird jede Betätigung des Staates daraufhin untersucht, ob eine kostengünstigere Alternative durch Vergabe an Privatunternehmen in Betracht kommt. Für die FDP gibt es dabei keine Denkverbote, z. B. die Beitreibung von Steuern und Gebühren, der Betrieb von Vollzugsanstalten, die Kfz-Anmeldung oder der Betrieb von Call-Centern.

Subventionsabbau

Der Hamburger Subventions- und Zuwendungsdschunzel bedarf einer gründlichen Durchforstung. Anhand eines klaren Kriterienkataloges muss das gesamte Subventions- und Zuwendungsprogramm im Hamburger Haushalt einer strikten Qualitäts- und Ergebniskontrolle unterzogen werden. Subventionen und Zuwendungen dürfen immer nur befristet bewilligt werden. Im Übrigen spricht sich die FDP im Rahmen einer Haushaltskonsolidierung für eine generelle lineare Subventionskürzung mit Härtefallklauseln aus.

Länderfinanzausgleich - Gewerbesteuerreform - Grundsteuer

- Der Länderfinanzausgleich ist ein System der konzertierten Verantwortungslosigkeit und bedarf dringend der Reform zur Stärkung des Wettbewerbs zwischen den Bundesländern und zur Motivation der Gebietskörperschaften, eigenverantwortlich ihren Standort zu stärken und sparsam zu wirtschaften. Der Länderfinanzausgleich ist bis

2020 abzuschaffen. Das übergeordnete Ziel einer „Angleichung der Lebensverhältnisse“ wird im Rahmen der Föderalismusreform II neu geregelt.

- Die FDP setzt sich für Senkung des Gewerbesteuer-Hebesatzes stufenweise auf unter 400 % und im Rahmen der Föderalismusreform für die Abschaffung der Gewerbesteuer ein. Seit Jahren ist der Hebesatz in Hamburg mit 470 % deutlich höher als in anderen deutschen Städten. Dies ist aus standortpolitischen Gründen auf Dauer nicht hinnehmbar. Darüber hinaus behindert die Gewerbesteuer das Investitionsklima in Hamburg und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Als Alternative zur Gewerbesteuer setzt sich die FDP Hamburg für die Einführung einer Kommunalsteuer ein (als Zuschlag zur Einkommensteuer) unter gleichzeitiger Erhöhung der Beteiligung der Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen.
- Die Grundsteuer B ist auf den Stand vom 31.12.2003 zurückzusetzen. Die damit verbundene Senkung kommt allen Einwohnern, auch den Mietern, zugute.

Index

- Abfallwirtschaft 47
AIDS-Prävention fortführen! 67
Airbus-Ausbau, Ausgleich 44
Airbus-Zulieferer-Hilfe, Leistungsnachweise 7
Akademie der Weltreligionen 32
Ansprechpartner - einer - für Förderung/Beratung 5
Arbeitsassistenzen vermehren und verbessern! 62
Arbeitslose
 mehr Vermittlungs-Orientierung 11
 mehr Vermittlungs-Orientierung bei Langzeit-A. 11
 nicht Betriebe subventionieren, sondern Vermittlung 11
Arbeitslosengeld 10
 ALG-II-Empfänger, Betreuung dringend verbessern 10
 ALG-II-Empfänger, Selbstständigkeits-Förderung 5
 Berater, besser erreichbar machen! 11
 Betreuung an Kommunen oder Wettbewerb! 11, 12
 Betreuung, genügend Personal! 11
 Förderung komplett auf den Prüfstand! 10
 Förderung, neue Konzepte 10
 Strafzahlung bei Wechsel abschaffen! 11
 Training beenden!! 11
Arbeitsplätze 4
Arbeitsvermittlungs-Ergebnis-Dokumentation 12
Ausbildung
 internationale Vernetzung der Betriebe 23
 Vernetzung der Ausbildungszentren 23
Ausländer, mehr Geld für Sozialberatung,
 Sprachkurse und Info-Veranstaltungen 68
Ausschreibungen transparent statt dirigistisch! 70
Bachpatenschaften 44
barrierefreie Stadt 62
Baugewerbe, Abschreibungs-Erhöhung 5
Behinderungen, Menschen mit 61
 mehr Chancen im Öffentlichen Dienst! 62
 Persönliches Budget 62
Behörden
 auf Dienst am Kunden konzentrieren! 77
 Auftrag – Dienst am Bürger 77
 Behörden-Projekt "Fitness" 77
 Beschäftigte stärker leistungsbezogen vergüten! 78
 Büroflächen zusammenlegen und auslagern 74
 Controlling einführen! 84
 E-Government statt zeitraubender Behörden-Gänge 77
 für Bürger da, nicht umgekehrt! 77
 gezielt verkleinern! 80
 Kosten sparen! 77
 Leistungen objektiv kontrollieren! 83
 Personalentwicklung nach Service und Dienst am Kunden! 78
 PersVertrG der Mitbestimmung des BetrVerfG anpassen! 78
 prozessorientierte Organisation, Genehmigungsfunktion bei Fristablauf 81
 Rechnungshof dem Parlament verantworten, nicht mehr dem Senat! 84
 Sprechzeiten montags bis freitags 8 bis 18 Uhr! 77
 spürbar mehr leisten! 77
 Straftatbestand "Amtsuntreue"! 84
Belastungen von Bürgern und Betrieben, keine neuen! 80
Berufsperspektiven für junge Menschen 22
Beteiligungsbesitz von Hamburg überprüfen! 9
Bezirke 76
 2-Personen-Fraktionsstärke einführen! 76
 5-%-Klausel wieder abschaffen! 76
 Anreize bei 10 Mio. € pro Jahr! 77
 Bezirksamtsleiter sollen "Bezirksbürgermeister" heißen 76
 Bezirksamtsleiter sollen direkt gewählt werden 76
 Bezirksverwaltungsreform nötig, nur von der FDP gefordert! 76
 Evokationsrecht des Senats einschränken! 76
 Globalzuweisungen! 76
 Kompetenzen in Hamburger Verfassung aufnehmen! 76
 mehr Mitsprache bei Personalentscheidungen! 76
 mehr Selbstständigkeit! 76
Bildung 14

- Ausgaben steigern!* 18
Berufsakademien 26
Bildungs-Ausgaben steigern! 17
Bildungsforschung zur Frühbildung 18
Budget an internationalen Werten orientieren 18
frühkindliche 16
frühkindliche Bildung höchste Priorität 16
Hochbegabtenförderung früher anfangen! 18
in HH schlecht 14
Menschenrecht 14
neue Curricula, bessere Durchlässigkeit 24
Privatschulen fördern! 18
Schulpflicht ab 5! 17
Sponsoring-Börse 21
Wirtschaftsgut 14
 biogene Kraftstoffe 29
 Bundeswehr keine Polizei-Reserve! 57
 Bürgerrechte, FDP ist Partei der B. 49
 bürgerschaftliches Engagement 58
 Bürgerschaftsgemeinschaft ohne Bank 5
 Büro- und Wohnflächen durchmischen! 74
 Bürokratieabbau 22, 74, **79**
 10 Prozent Mitarbeiter im öffentlichen Dienst abbauen! 80
 Alle staatlichen Leistungen auf den Prüfstand! 85
 bei Kompetenzauslagerung Überbau ausdünnen und abflachen! 84
 Bürokratieabbau statt Anspruch und Abhängigkeit 79
 Bürokratie-Last 1 Mrd. € 79 den Staat auf seine Kernfunktionen zurückführen! 85
 Entstaatlichung 79
 vorantreiben! 4
 Channel Hamburg 74
 Cycclassics – ja! 36
 Datenschutz 56
 Datenschutzbeauftragter soll der Bürgerschaft unterstellt werden, nicht dem Senat! 56
 DNA-Daten unschuldiger Bürger nicht speichern! 51
 Grundrecht 56
 Schülerregister nicht für Polizei- oder Ausländer-Kontrollen missbrauchen 56
 Dienst am Bürger ist Behörden-Auftrag 77
 Dienstleistungsfreiheit EU-weit soll von Hamburg gefördert werden 70
 Domplatz nicht bebauen! 74
 Drogenpolitik 62
 Beratungs- und Gesundheitszentrum St. Georg (FDP-mitinitiiert) deutschlandweit einmalig 62
 Heroin-Projekt wegen Erfolgs fortführen! 63
 integrierte Drogenkonsumräume 63
 mehr Hilfe für Schwangere 63
 szenenahe Hilfeeinrichtungen! 62
 UKE-Behandlung minderjähriger Cannabis-Abhängiger! 63
 Ehrenamt 61
 Angebote an Beschäftigungslose 61
 Angebote an Ruheständler 61
 Ehrenämter stärken! 61
 Ehrenamtliches Engagement im Sport 35
 mehr gesellschaftliche Anerkennung! 61
 steuerliche Absetzbarkeit 61
 Eigenheim-Förderung 72
 Eigentum, Schutz des E. der Bürger 49
 Einbürgerung 33
 Elbe
 Elbinsel Wilhelmsburg 74
 Elbvertiefung – Belange von Anliegern, Hochwasser- und Naturschutz berücksichtigen 45
 Elbvertiefung nötig 40
 Uferfiltration-Wiederaufnahme 47
 Eltern
 Eltern und Kinder im Mittelpunkt der Schulpolitik 15
 Eltern unterstützen! 18
 Engagement in Schulen 3
 Träger der Kindererziehung 59
 Energiepolitik 45
 ... und Umweltschutz 45
 alternative Energien 46
 Erneuerbare-Energien-Gesetz, Kritik 45
 kein Strom aus regenerativen, unwirtschaftlichen Quellen 45
 keine Monopole oder Oligopole! 46
 Kernkraftwerke, Laufzeitverlängerung 45, 46
 Kraftwerk Moorburg 46
 ÖPNV auf Biodiesel mit Rußfilter oder Erdgas umstellen 46
 Ziele 46

- Energie-Versorgung, mehr Wettbewerb 10
Engagement, privates 3
Erneuerbare-Energien-Gesetz, Kritik 45
Erntehelfer-Zwangsquote abschaffen! 11
Erzieherinnen-FH-Ausbildung! 18
EU
 EU-Richtlinien 47
 Raum von Frieden, Freiheit und Recht, mit Hamburg als wichtiger Handels- und Wirtschaftsmetropole 69
Existenzgründer 5
 Bereitstellung von Konversionsflächen 6 bürokratiefreies erstes Halbjahr 6 Förderung 4 High-Tech-Bereich – spezielle Förderung 6 mehr Hilfe bei Life-Science 8
Fahndung – Rasterfahndung und verdachtsunabhängige Personenkontrollen beschränken! 51
Familien
 Familien stärken! 58 Familien- und Erwerbsarbeit besser vereinbaren! 58 Kindertagesbetreuung erweitern und verbessern! 58 Tagesmütter-Langzeitqualifizierungs-Anerkennung! 59 von staatlicher Gebührenwut entlasten! 58
FDP ist Partei der Bürgerrechte 49
Feuerbergstraße, zu teuer, mit anderen Ländern teilen 61
Feuerwehr, alternative Anbieter prüfen 52
Flächennutzungsplan neu! 73
Flughafen an die Börse! 7
Freiheit 2
 Freiräume der Bürger wiederherstellen! 49 oberste politische Handlungsmaxime 2 Schutz der Freiheit der Bürger 49 zentraler liberaler Wert 49
Freiwillige Feuerwehr
 älteste Bürgerinitiative der Stadt 52 eigenes Budget! 53 Tag und Nacht einsatzbereit 3
Gastronomie
 bessere Vermarktung kleinerer Betriebe 7 Fachvermittlungs-Wiedereinführung 7
Gelbe Tonne abschaffen 47
Generalunternehmer-Abschaffung 5
Generationendialog fördern! 65
Gentechnik-Gesetz modernisieren 29
Gesetze
 EU-Richtlinien 47 Gentechnik-Gesetz modernisieren 29 Gesetze befristen! 81 keine Verschärfungen! 50
Gesundheitswesen 66
 bessere Vernetzung von ambulantem und stationärem Bereich 67 Staatsmedizin, Bürokratie, Bürger-Entmündigung 68 stärker vernetzen, mehr Wettbewerb! 66
Gewerbeflächen, Angebotsverbesserung 4
Gewerberaum-in-Wohnraum-Umwandlung erleichtern! 73
Gewerbesteuer senken! 5, 87
gläserner Bürger – nein! 49
Glücksspiel-Monopol-Staatsvertrag – nein! 35
Großprojekte, Förderung 4
Großveranstaltungs-Subventionierung – nein! 36
Grundgesetz 2
Grundschulen
 mit Kitas vernetzen! 17 OECD-Norm-Verhältnis einführen! 17
Grundsteuer senken! 87
Grünflächen erhalten! 72
Hafen 12
 Haferrinnenanpassung nötig 12 Freihafen abschaffen! 13 Hafen fit machen! 12 Hafen- und Stadt-Entwicklungs-Konflikt lösen 72 Hafenbahn-Modernisierung sofort! 12, 13 Hafenerweiterungs-Ausgleich 44 Infrastruktur muss Stadt-Eigentum bleiben 13 neue Repräsentanten 6 Orga-Struktur aktualisieren! 12 Querspange sofort! 12 stärkere Tourismus-Nutzung 7 Zentrale neu organisieren 12 zentrale Bedeutung 12
Hafency an Innenstadt anbinden! 73
Hafency durchmischt bebauen! 73
Hamburg in Bund und EU gut vertreten! 70
Hamburg-City-Man – ja! 36
Haushalt 82
 Abbau des Schuldenberges ab 2013 82

- auch in der Planung weg von der Kameralistik!* 82
- Hamburg ab 2013 überschuldet* 82
- Kaufmännische Buchführung in Hamburg Dank FDP eingeführt* 82
- Konsolidierung durch effizienten Aufgabenvollzug* 83
- Neuverschuldung senken!* 82
- Neuverschuldungsverbot in die Verfassung!* 82
- Staatsgeld für Nichteffizientes nicht mit der FDP* 80
- Hebammenprojekte 60
- Heterosexuelle, gleiche Rechte wie Schwule und Lesben 63
- HEW-Desaster 9
- Hochschulen 22
- Akademie der Weltreligionen* 32
- Autonomie* 25
- Bachelor/Master* 26
- China-Kooperation* 29
- Evaluierbarkeit* 26
- Finanz-Autonomie* 26
- Interdisziplinäres* 28
- Kooperation mit der Wirtschaft* 28
- private Hochschulen* 28
- Studenten-Aufnahme selbst entscheiden* 27
- Studiengebühren* 27
- Teilzeitstudium* 27
- Zugang ohne Abitur* 26
- ZVS abschaffen* 27
- Hotellerie
- bessere Vermarktung kleinerer Betriebe* 7
- Fachvermittlungs-Wiedereinführung* 7
- Hundegesetz – nein! 51
- Infrastruktur in und um Hamburg verbessern! 70
- Internationale Beziehungen verbessern! 70
- IT/Medien
- Fachvermittlungs-Wiedereinführung* 8
- IT-Förderung verstärken* 8
- Jahnkampfbahn-Ausbau zum Stadion – ja! 36
- Jugendliche, schwerst auffällige, in geschlossene Unterbringungen 60
- Jugendpolitik 60
- aufsuchende Jugendarbeit verstärken* 60
- geschlossene Heime für schwerst auffällige Jugendliche!* 60
- Jugendarbeit der Vereine fördern!* 60
- Jugendarbeit durch Jugendliche* 60
- Jugendhilfe-Konzept entwickeln* 61
- Justiz 53
- Adhäsionsverfahren* 53
- Ermittlungs- und Strafverfahren verkürzen!* 53
- Finanzgerichts-Ausstattung verbessern!* 84
- Fortbildung für Strafgefangene* 56
- Gefängnis-Privatisierung* 56
- Gerichte hinsichtlich Zuständigkeiten begutachten und bewerten* 54
- Gerichts-Ausstattungen hinsichtlich Schnelligkeit begutachten und bewerten* 54
- Räumung der Haftanstalt Fuhlsbüttel* 56
- Selbstverwaltung aller Gerichte* 54
- Straftaten-Opfer gehören in den Mittelpunkt des Strafverfahrens* 53
- Verfahren zu lang* 53
- Kernkraftwerke, Laufzeitverlängerung 45, 46
- Kinder
- Armut* 59
- Armut materiell, sozial oder Bildungsarmut* 59
- gebührenfreie Mahlzeiten* 59
- gebührenfreie Schularbeitenhilfe* 59
- Gesundheitserziehung* 67
- Integration aus bildungsfernen Elternhäusern* 60
- Kinder mit Behinderungen* 21
- letztes Kita-/Vorschuljahr gebührenfrei!* 60
- mehr Tagesbetreuung!* 60
- Misshandlung* 59
- Sprachstandserhebung mit 3 verbindlich!* 60
- Vernachlässigung.* 59
- Verwahrlosungs-Frühwarnsysteme* 60
- Vorsorgeuntersuchungen verbindlich* 59
- Kirche und Staat, strikte Trennung 32
- Kitas 16
- Bildungsbehörde zuständig machen!* 17
- Bildungseinrichtungen!* 16
- Bildungsqualität mäßig* 16
- Förderung, Betreuung* 17
- Gutscheinssystem* 17
- mit Grundschulen vernetzen!* 17
- OECD-Norm-Verhältnis einführen!* 17
- Kleinbetriebe, vielfache Sonder-Förderung 6
- Kompetenzübertragung auf bürgernahe Ebenen 2
- Kraftwerk Moorburg 46

Krankenhäuser

- Leistungen veröffentlichen!* 67
- nicht unter schlechter Zahlungsmoral der Krankenkassen leiden lassen!* 68
- staatliche, gemeinnützige und private gleich behandeln!* 66
- Wettbewerb für beste Gesundheitsversorgung!* 66
- Zusammenschlüsse – ja!* 66

Kriminalität

- Jugendstrafvollzug, mehr Resozialisierung, mehr Bildung* 55
- Kinder- und Jugendkriminalität, geschlossene Unterbringung* 54
- Kinder- und Jugendkriminalität, neue Sanktionen* 55
- Kriminalprävention* 51

Kultur

- Betriebe ohne Beamtenmentalität!* 38
- Finanzierung* 38
- Förderung des Staates ergänzt die private* 38
- Förderung durch Stiftungs-Förderung* 37
- Förderung unter Tourismus-Aspekten* 7
- liberale Kulturpolitik* 37

Kulturschaffende 37

Kunstförderung als Strukturförderung 38

Künstler 37

Ladenöffnungszeiten, völlige Freigabe 9

Länderfinanzausgleich – bis 2020 abschaffen! 87

Lehrer unterstützen 20

Leitspruch Hamburger Politik 2

Lesben, gleiche Rechte wie Heterosexuelle 63

Life-Science – mehr Existenzgründungs-Hilfe! 8

Life-Science-Cluster Metropolregion Hamburg 66

Marathon – ja! 36

Maut-Autobahn-Daten nicht missbrauchen! 51

Menschenwürde 2

Metropolregion Hamburg 69

Migranten

- Alternative zur Schul-Vollausbildung für Kinder* 31
- Berufsausbildung für Eltern* 31
- Berufsausbildung für Kinder* 30, 31
- Berufspraktika für Kinder* 31
- bessere Berufsbildungs-Information für Kinder* 31
- Einbürgerung* 33
- Frauen und Mädchen fördern* 32

- gleiche Chancen wie Deutsche!* 30
- Informationszentren ausbauen* 31
- integrieren!* 30
- mehr Ausbildungsplätze für Jugendliche* 31
- Sprachförderung für Kinder* 30
- Zwangsheirat* 33

Mittelstand

- Chance Luft- und Raumfahrt* 29
- Existenzgründer-Förderung* 4
- Förderung* 4
- Förderung von Betriebserweiterungen* 4
- Förderung von Unternehmensgründungen* 4
- Förderung von Unternehmenszuwanderungen* 4
- Leistung* 4
- vielfache Sonder-Förderung für Kleinbetriebe!* 6

Mittelstand: 80

Monopole sind abzulehnen

- ...bei Privatisierung!* 85

Monopole sind abzulehnen

- ...auf Energie- und Versorgungsmärkten!* 46

Mülltrennung zurückfahren 47

Naturschutz nicht das Gegenteil von

- Wirtschaftlichkeit* 44

Naturschutzgebiete erhalten 44

Nordstaat 69

- bis 2020!* 69

- FDP-Ziel* 69

- Zukunftsprojekte schon jetzt koordinieren* 69

Nutzungsausweisung lockern 73

Obdachlose erfolgreicher mit Wohnraum versorgen! 63

Obdachlosen-Zeitung 3

Obrigkeitsstaat zurückdrängen 2

Öffentlicher Dienst

- mangelhaft und teuer* 79
- mehr Menschen mit Behinderungen einstellen!* 62

- Protokoll in Staatsamt der Senatskanzlei reintegrieren!* 71

Ökokonto 44

Oligopole – keine Oligopole auf Energie- und Versorgungsmärkten! 46

Olympiabewerbung – ja! 36

Olympiastützpunkt – ja! 36

Online-Durchsuchung - nein! 51

ÖPNV

- Bushaltebuchten!* 42
Hafenbahntunnel Altona revitalisieren! 43
mehr barrierefreie U- und S-Bahnhöfe! 42
S- und U-Bahn-Ausbau! 42
Schnellbuszuschlag abschaffen! 42
Strecke und Betrieb trennen! 42
U-Bahn-Anbindung Steilshoop, Bramfeld 43
Umlandanbindung verbessern! 42
Ortsumgehung Finkenwerder, Ausgleich 44
Ostseekooperation mit Leben erfüllen! 70
Parkverbote nur bei Behinderung 41
Polizei 52
Digitalfunk-Vernetzung 52
gut ausrüsten! 52
keine Europol- und Bundespolizei-
Kompetenzen 53
mehr Polizisten auf der Straße und bei
Straftatenaufklärung 52
mehr Stellen 52
nach internationalen Standards ausrüsten 52
Reiterstaffel schaffen 53
Privat-Handwerker-Absetzung 10.000 € 5
Privatisierung 2, 85
für mehr Wettbewerb 8, 9
große Chance (vgl. Lufthansa, Telekom, Post)
85
Hamburger Kandidaten 86
HWW nicht privatisieren 47
Müllabfuhr 9
nicht für privates Monopol/Oligopol 8
nicht für privates Monopol/Oligopol 9
nicht um jeden Preis 8
nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern 8
Transparenz! 9
zum Abbau von Schulden 9
Privatsphäre schützen 2
Privatsphäre, Schutz 50
Privilegien der Stadt, Abschaffung 47
Protokoll in Staatsamt der Senatskanzlei
reintegrieren! 71
Public-Private-Partnership 85
Radarkontrollen nur zur Sicherheit 41
Rauchen
im öffentlichen Bereich verbieten! 67
im privaten Bereich nicht verbieten! 67
Recht 49
Beweisrecht 50
effizienter und schneller Rechtsschutz! 49
FDP ist Partei der Bürgerrechte 49
Gebot des fairen Verfahrens 50
Gesetze befristen und evaluieren! 50
Hundegesetz – nein! 51
kein Gesetzesaktionismus! 50
kein Gesetzgebungsdefizit 50
Online-Durchsuchung – nein! 51
Schutz der Privatsphäre 50
strikte Wahrung der Grundrechte 49
Unschuldsvermutung 50
Verfassung nicht wegen Terrorismus
aushöheln! 50
Vollzugsdefizit 50
Rechtsstaat, demokratisch und liberal 49
Regenerative Energien 29
Rettungsfahrten auch für zivile und kommerzielle
Anbieter! 53
Rundfunkgebühren, keine auf PC! 5
SAGA und GWG privatisieren! 75
Scheinselbstständigkeit liberalisieren! 6
Schuldenlast Hamburgs 9
Schulen 15
Beamtenstatus der Lehrer abschaffen 21
bessere Berufsvorbereitung 23
Bildungspläne 16
Evaluation 16
Förderung statt Pflichtstunden 16
Fortbildungskontrolle 16
Ganztagsschulen ausbauen 19
Geschäftsführer, kaufmännische 16
Hauptschulabschlüsse sichern 23
Hauptschulklassen halbieren 23
Internationalisierung der Berufsschulen 23
Kinder und Eltern im Mittelpunkt 15
Koppelung allgemeiner Bildung mit
Berufsbildung 23
Lehrermangel verhindern 21
Masterplan für Abitur-12-Umstellung 23, 27
mehr Angebote für Kinder mit Behinderung in
Regelschulen! 62
Messbarkeit von Lernerfolgen 15
mit Jugendhilfe vernetzen! 18
Organisation, eigene 16
Religionsunterricht, konfessionsübergreifend
32
Schulleiter mit pädagogischer
Gesamtverantwortung 16
Schulsport neu orientieren! 19

- Selbstständige Schulen* 15
zwei Formen in Hamburg 14
- Schulpolitik
Hamburg hat heute die höchsten Kosten und meist die schlechtesten Ergebnisse 79
Mittelpunkt der Schulpolitik sind Schüler und Eltern 15
- Schule, gleiche Rechte wie Heterosexuelle 63
- Senioren **64**
aktive Seniorenpolitik in Wirtschaft, Politik, Wohnungswesen, Bildung und Kultur 64
ambulante Pflege verbessern! 64
Ehrenamts-Angebote 61, 65
Freiheit und Verantwortung! 64
Generationendialog fördern! 65
historische Leistungen für die gesamte Gesellschaft 64
Kultur- und Freizeitangebote verbessern 65
mehr barrierefreie Wohnungen 64
mehr Unabhängigkeit! 64
Senioren-Beiräte mehr einbeziehen 65
Senioren-Belange bei bürgernahen Polizeibeamten stärker einbeziehen! 65
Teilhabe an der Gesellschaft! 64
Unterstützung bei Hilfsbedarf 64
Vorschulkinder-Vorleser 3
Weiterbildung verbessern! 35
Wohnformen für mehr Selbstständigkeit! 64
Zugänge im öffentlichen Raum verbessern! 64
- Sicherheit **49**
Gefahrenabwehr 50
Kriminalitätsverhütung 50, 51
Strafverfolgung 50
zentraler liberaler Wert 49
- soziale Sicherungssysteme, Grenzen 58
- Sozialpolitik **58**
- Sport **34**
Anlagen in Vereins-Regie – ja! 35
Breitensport 35
Breitensport-Finanzierungs-Kürzung – nein! 35
Cyclastics – ja! 36
Ehrenamtliches Engagement 35
Großveranstaltungs-Subventionierung – nein! 36
Hamburg-City-Man – ja! 36
Jahnkampfbahn-Ausbau zum Stadion – ja! 36
Olympiabewerbung – ja! 36
Olympiastützpunkt – ja! 36
Sportsport neu orientieren! 19
Spitzensport 36
Sport ist notwendig 34
Sport ist wertvoll 34
Sporthallen- und Sportstätten-Nutzung in den Ferien nach 22 Uhr 35
Sportstätten-Übertragungs-Chaos – beenden! 35
- Sportwetten, freier Wettbewerb statt Staats-Monopol! 34
- Sprachtests für Dreijährige! 17
- St. Pauli, bessere Vermarktung 7
- Staat
Staatsbeteiligungen an Unternehmen sind schlecht. 6
Staats-Eingriffe konsequent beschränken 49
Staats-Eingriffe nur bei Eignung, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit! 50
Staats-Investitionen für Unternehmen besser kontrollieren! 7
Überwachung durch den Staat zurückdrehen! 49
- Stadtplanung **72**
Behörden-Büroflächen zusammenlegen und auslagern 74
Büro- und Wohnflächen durchmischen! 74
Channel Hamburg 74
Deckel über der A 7 in Bahrenfeld her! 74
Domplatz nicht bebauen! 74
Elbinsel Wilhelmsburg 74
ex-Güterbahnhof Altona zu neuem Stadtteil entwickeln! 74
Flächennutzungsplan neu! 73
Grünflächen erhalten! 72
Hafencity an Innenstadt anbinden! 73
Hafencity durchmischt bebauen! 73
neue Wohnmodelle entwickeln! 73
Nutzungsausweisung lockern 73
Stadt- und Hafen-Entwicklungs-Konflikt lösen 72
Stadtentwicklung breit angelegt und nicht Hafencity-konzentriert! 72
Stadtplanerisches Gesamtmodell entwickeln! 73
Wasserflächen erhalten! 72

- Wohnanteil 20 % bei innerstädtischen Neubauten!* 74
Wohnen, Kultur und Arbeit stärker mischen! 73
- Steuern
Gewerbsteuer senken! 5, 69, 87
Grundsteuer senken! 87
Steuersenkung allgemein 2
Zweitwohnungssteuer abschaffen! 74
- Stiftungen 3
- Subventionen
durchforsten und abbauen, linear kürzen! 86
Großveranstaltungs-Subventionierung – nein! 36
nicht direkt 8
nicht mit der Gießkanne 8
Subventionstourismus abbauen! 5
- Telefonüberwachung nicht präventiv! 51
- Telematik 39
- Tor zur Welt 70
- Tourismus
Fachvermittlungs-Wiedereinführung 7
Zusammenarbeit mit S-H und Meck-Pomm 7
- Trainer 3
- Trinkwasser 46
- Überwachung durch den Staat zurückdrehen! 49
- Umweltschutz 44
Airbus-Ausbau-Ausgleich 44
Bachpatenschaften 44
das Staatsräte-Flächenbewertungs-Modell für Ausgleichsmaßnahmen überarbeiten! 45
Elbvertiefung – Belange von Anliegern, Hochwasser- und Naturschutz berücksichtigen 45
Hafenerweiterungs-Ausgleich 44
Naturschutzgebiete erhalten 44
Ökokonto 44
private Initiative vor Staats-Dirigismus! 44
Umweltschutz und Energiepolitik 45
Wirtschaftlichkeit nicht das Gegenteil von Naturschutz 44
- Unternehmen
Existenzgründer-Förderung 4
Förderung von Betriebsweiterungen 4
Förderung von Unternehmensgründungen 4
Förderung von Unternehmenszuwanderungen 4
keine neuen Belastungen! 80
schaffen Arbeitsplätze 4
Unternehmens-(Gratis)-Leistungen für Hamburg prüfen und reduzieren und künftig vergüten! 80
zentraler Ansprechpartner für Unternehmer mit internationalen Aktivitäten! 6
- Urheberrecht 37
- Verantwortung für sich selbst 2
- Verantwortung füreinander 58
- Verantwortung, Eigenverantwortung, Mitverantwortung 58
- Vereine, Jugendarbeit fördern! 60
- Verfassungsschutz, keine Vermischung von Aufgaben mit der Polizei! 57
- Verhältnismäßigkeit aller staatlichen Maßnahmen! 50
- Verkehrspolitik 39
Abbau aller überflüssigen Zeichen! 42
alle Ampeln an den Zentralrechner 40
Ampelabschaltungen nachts 41
Beruhigung nicht in Mischgebieten! 41
Beruhigung nur in Wohngebieten! 41
bessere Straßenbeschilderung 41
Finkenwerder Ortsumgehung 41
Fußwege verbessern! 42
Hafenquerspange/Autobahnen! 41
keine Parkraumreduzierung! 41
Kreisverkehr häufiger 41
nötige Autobahnausbauten 39
nötige Fahrlinienerweiterungen 40
Parkverbote nur bei Behinderung 41
Planungs-Kompetenz-Wirrwarr 40
Radarkontrollen nur zur Sicherheit 41
Radwege verbessern 42
Ring 2 ausbauen 41
Sengelmannstraße-Saarlandstraße 41
Taxis auf Busspuren! 42
Telematik 39, 40
Verkehrsplanungs-Misere 40
Verkehrspolitisches Konzept nötig 39
Wassertaxis! 43
- Videüberwachung nicht flächendeckend! 50
- Wahlrecht 48
Ausweitung der Direktwahl! 48
Direktwahl der Bezirksbürgermeister! 48
Erleichterung von Volksentscheiden! 48
Volksentscheid! 48
 Wasserflächen erhalten! 72

Wasserversorgung 46

- abgesenkter Grundwasserspiegel* 46
- Elbe-Uferfiltration-Wiederaufnahme* 46
- Grundwasserspiegel-Management* 46
- Hamburger Wasserwerke nicht privatisieren* 47
- Trinkwasser* 46
- Zusammenarbeit mit Umlandgemeinden* 47

Wettbewerb

- Arbeitsmarktdienstleistungen* 9
- Energie-Versorger* 10
- fördern!* 2
- HHLA* 9
- Lotto, Toto, Pferdewetten* 9

Wirtschaft 4

- Wirtschaftlichkeit nicht das Gegenteil von Naturschutz 44

Wissenschaft und Forschung 25

- Cluster-Politik* 28

DESY 29

- Exzellenz* 25
- fortentwickeln* 25
- Fraunhofer-Institut nach Hamburg!* 28
- Hochschul-Autonomie* 25
- Life-Science-Cluster* 28
- Medizintechnik-Lehrstuhl an die TU Harburg!* 67
- Schwerpunktsetzung* 25, 28
- Wissenschaftsstandort Hamburg* 27
- Wissenschaft und Öffentlichkeit 29
- Wohn- und Büroflächen durchmischen! 74
- Wohnraum-in-Gewerberaum-Umwandlung erleichtern! 73
- Wohnraumüberwachung – nein! 51
- Wohnungsbaupolitik frei und wettbewerbsorientiert statt sozial 74
- Zivilschutz 57
- Zweckentfremdungsverordnung streichen! 75